

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,60 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Post- und Versammlungsbelegkosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsbelegkosten werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: H. Hartmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, hiesig in Bochum, Wismarstraße 88-42, Telefon-Nr. 98 u. 99, Telegr.-Adr.: Altkolonia Bochum.

Wie werden weitere Preistreiberien verhindert?

In dieser schweren Kriegszeit haben wir es schon bitter empfinden müssen, daß es an einer umfassenden, übersichtlichen Organisierung des Konsums fehlt, so daß allen selbstthätigen, spekulativen Preistreiberien die Tore geöffnet sind. Die unheimlichen Angstkäufe des konsumierenden Publikums gleich in den ersten Kriegstagen hatten schon eine so starke Steigerung der Preise zur Folge, daß die Behörden auf Grund des Notgesetzes vom 4. August Höchstpreise festsetzen mußten. Doch damit wurde dem Uebel nur vorübergehend etwas begegnet, heute haben die Lebensmittelpreise eine Höhe erreicht, die für die ärmeren Klassen teilweise kaum noch zu ertragen sind. Besonders die Fleisch-, Getreide- und Kartoffelpreise sind geradezu in beängstigender Weise gestiegen. Und doch herrscht vorläufig noch kein Mangel. Die Anbaufläche, der Gesamtertrag an Kartoffeln und der Kartoffelverbrauch betragen, nach dem „Statistischen Jahrbuch“ in Deutschland:

Jahr	Anbaufläche		Gesamtertrag		Kartoffelverbrauch	
	in Hektar	in Millionen Hektar	in Millionen Hektar	in Millionen Hektar	in Millionen Hektar	in Millionen Hektar
1908	4 276 805	468 427 280	890 000 080	625,8		
1909	4 809 987	467 062 520	400 022 020	681,4		
1910	4 289 887	434 688 950	401 990 080	624,9		
1911	4 827 701	348 742 250	367 045 780	605,8		
1912	4 887 404	502 094 600	288 890 110	488,8		
1913	4 488 209	541 211 460	487 240 010	650,1		

Für 1914 liegen amtliche Angaben über den Ernteertrag für das ganze Reich noch nicht vor. Aber wenn man nur die gleiche Anbaufläche und eine weit geringere Ernte annimmt wie im Vorjahr, so kann man die Gesamternte doch auf 490 bis 500 Millionen Doppelzentner schätzen, eine Menge, an die unser Verbrauch längst nicht heranreicht. Wir haben also keinen Kartoffelmangel zu befürchten.

Auch an Fleisch ist kein Mangel. Die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ vom 20. Oktober berichtet, daß noch kein Monat der letzten Jahre ein so starkes Angebot an den Viehmärkten gebracht habe, wie der September. Die Händler und Schlächter nahmen in vielen Gegenden das angebotene Vieh gar nicht ab, um die Zufuhren zu den größeren Märkten nicht noch mehr zu vergrößern und um nicht dazu beizutragen, daß die Preise sinken, was für sie einen geringeren Verdienst bedeuten würde. Wenn wir den Marktverkehr mit Vieh an 40 deutschen Schlachttiermärkten in der Weise vergleichen, daß wir das Fleischgewicht der zugeführten Stücke vergleichen, so erhalten wir für die letzten drei Monate folgende Zahlen, welche Millionen Kilogramm bedeuten:

	Juli	August	September
Rinder	24,12	29,24	29,75
Kälber	5,01	5,41	5,70
Schafe	2,00	1,73	2,00
Schweine	42,69	40,90	49,98

Zusammen ergibt das einen Auftrieb von 73,90 Mill. Kil. im Monat Juli, von 74,69 im Monat August und von 85,88 im Monat September. Die höchste Zahl seit dem Jahre 1908 hatte bisher der Monat Januar 1912 mit 81,51 Mill. Kil. gebracht. Der Monat September 1914 geht über diese höchste Zahl fast noch um 4 Mill. Kil. hinaus. Diese starke Zufuhr nach den größeren Plätzen wurde aber der Bevölkerung keineswegs in vollem Umfang als Fleisch zur Verfügung gestellt, wodurch ein Druck auf die Fleischpreise entstanden wäre; der Unterschied zwischen Zufuhren und Schlachtungen war im Monat September vielmehr noch größer, als in anderen Monaten. Von den Zufuhren im Monat September von 85,88 Mill. Kil. waren es nämlich nur 62,43 Mill., die an den betreffenden Orten zur Schlachtung gelangten. Besonders stark war das Mißverhältnis zwischen Zufuhren und Schlachtungen bei den Schweinen: Betragen doch die Zufuhren 49,98, die Schlachtungen aber nur 36,67 Mill. Kil.

Die Getreideernte und die Vorratsbestände bieten zu den außerordentlichen Preissteigerungen ebenfalls keinen Anlaß. Nach den Monatsberichten von Richard Calwer, die jetzt als Sonderausgabe unter dem Titel: „Das Wirtschaftsleben im Kriege“ erscheinen, dürften die übernommenen Bestände aus der vorjährigen Ernte noch auf acht Wochen für die Brotverforgung des deutschen Reiches ausreichen. Was die neue deutsche Ernte betrifft, so wird ihr Ertrag (abschließende amtliche Berechnungen liegen noch nicht vor) ungefähr dem des Jahres 1913 gleichzusehen sein. „Damals ergab die amtliche Schätzung eine Brotgetreide- (Weizen- und Weizen-)Ernte von 17,31 Mill. Tonnen. Davon gehen als Aussaatquantum etwa 1,5 Mill. Tonnen ab, so daß rund 15,8 Millionen für die menschliche und tierische Ernährung und für gewerbliche Zwecke verbleiben. Für die menschliche Ernährung bedürfen wir bis zur nächsten Ernte höchstens 12,0 Mill. Tonnen, so daß, wenn die alte Ernte auch nur 1,0 Millionen beitragen sollte, die neue Ernte 11,0 Mill. Tonnen hergeben muß.“ Es verbleiben dann für die tierische Ernährung und für gewerbliche Zwecke 4,8 Mill. Tonnen. Das wäre ein durchaus ausreichendes Quantum, wie mehrjährige Beobachtungen und Berechnungen ergeben haben. Also unter Annahme keineswegs besonders günstiger Voraussetzungen wäre Deutschland wohl imstande, aus seinen Vorräten und aus der Ernte 1914 die Verproviantierung des ganzen Volkes mit Brotgetreide hinreichend zu decken, was jeder Preistreiber die Spitze bieten muß. Es können vorübergehend örtliche Verlegenheiten entstehen, aber ein Mangel für den gesamten deutschen Markt kann nicht eintreten.“ — abgesehen von den Einfuhrmöglichkeiten aus Produktionsländern wie Rumänien und unter Umständen auch über neutrale Vermittlungsländer, wie Schweden, Dänemark und Italien.

Die beängstigend hohen Preise sind also nicht in einem Mangel an Waren begründet, sondern in dem selbstthätigen spekulativen Treiben weiter Kreise, die es über sich gewinnen können, aus der gegenwärtigen Kriegslage Kapital zu schlagen. Erklärlicherweise richtet sich die Entrüstung der Massen zunächst gegen die Kleinhändler, die als die eigentlich Schuldigen angesehen werden. Wichtigere Leute wissen aber, daß vielfach die Kleinhändler noch am wenigsten Schuld haben, weil die Groß-

händler und die Produzenten die treibende Kraft bei der Preissteigerung sind. Das ist es ja, was die Frage des Lebensmittelwuchers so schwierig macht, daß sich der eigentliche Sitz des Übels nur selten mit Bestimmtheit feststellen läßt. Es liegt dies im Wesen der kapitalistischen Produktions- und Verteilungsweise begründet. Manchmal sind es schon die Urproduzenten, die die Situation ausnutzen, manchmal sind es die Hersteller der Ganz- oder Halbfabrikate, manchmal sind es die Großhändler, manchmal die Kleinhändler — meistens arbeiten aber wohl alle diese Leute einträchtig zusammen, um die Käufer nach allen Regeln der Kunst zu rupfen und dadurch einen Extraprofit einzuheimsen.

So ist es auch jetzt. „Während dem Feinde gegenüber die Kraft des deutschen Volkes sich bewährt, müssen wir leider im Innern die recht bedauerliche Wahrnehmung machen, daß die Selbstsucht auf wirtschaftlichem Gebiet sich geradezu üppig entwickelt“, schreibt mit Recht die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“. Das Streben, auch in diesen schweren Zeiten möglichst große Gewinne zu machen, hat weite Kreise der Bevölkerung erfasst, und nur durchgreifende Mittel können gegen das immer weiter freisende Uebel helfen. Das Generalkommando des 7. Armeekorps hat nun am 20. Oktober folgende Bekanntmachung erlassen:

„Aus allen Schichten der Bevölkerung meines Corpsbezirks gehen mir fortwährend Klagen darüber zu, daß die Kartoffelpreise, insbesondere im Kleinhandel, eine abnorme Höhe (stellenweise 5 Mk. und darüber) erreicht hätten, ja daß sogar vielfach Kartoffeln überhaupt nicht zu kaufen wären, weil die Produzenten in Erwartung noch höherer Preise die Ware zurückhielten. Dergleichen wird vielfach auch über viel zu hohe Preise für Brotgetreide, Mehl und Hülsenfrüchte geklagt. Um diesen, namentlich für die ärmeren Klassen so schädlichen Preistreiberien entgegenzutreten, halte ich die Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln in denjenigen Bezirken, in denen solche Mißstände vorliegen, für dringend notwendig.“

Ich habe deshalb die zuständigen Regierungspräsidenten ersucht, umgehend das Erforderliche auf Grund des Gesetzes vom 4. August 1914 zu veranlassen. Sobann weise ich zur Warnung der Verkäufer auf § 2 des genannten Gesetzes hin, welcher lautet: Weigert sich trotz Aufforderung der zuständigen Behörde ein Verkäufer von Gegenständen, sie zu den festgesetzten Höchstpreisen zu verkaufen, so kann die zuständige Behörde sie übernehmen und auf Rechnung und Kosten des Verkäufers zu den festgesetzten Höchstpreisen verkaufen; Todest für dessen eigenen Bedarf nötig sind.“

Im Amtsveröffentlichungsblatt für den Kreis Bielefeld (Oberhessen) wurde eine Bekanntmachung des Großherzoglichen Preisamts Bielefeld veröffentlicht, nach der am 1. Oktober gemäß § 1 des Reichsgesetzes vom 4. August 1914 Höchstpreise wie folgt festgesetzt wurden:

- Schweinefleisch, Kotelettsstücke, das Pfund 70 Pf.;
- Schweinefleisch, Wurstfleisch, das Pfund 65 Pf.;
- Leber- und Blutwurst, das Pfund 65 Pf.;
- Fleischwurst und Schmortagen, das Pfund 80 Pf.;
- Gut ausgelesene Speisepotatofeln, der Doppelzentner 5,50 Mk.

Diese Bestrebungen der Behörden, dem herrschenden Notstand zu steuern, verdienen in alle Anerkennung, aber das gewünschte Ziel wird dadurch nicht erreicht. Höchstpreise für Lebensmittel sind jetzt schon eine ungenügende Maßnahme, wenn damit nicht eine Regulierung des Verbrauchs Hand in Hand geht. Diese Ansicht vertritt auch der Führer des bayerischen Bauernvereins, der frühere Zentrumsgabgeordnete Dr. Georg Heim, in einem Artikel der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 291 vom 20. Oktober), worin er u. a. ausführt:

„Ein Meer von Händlern und Aufkäufern überschwemmt das ganze Land. Es erscheinen Aufkäufer, die man im Lande noch nicht gesehen hat, Leute, die sich mit Ankauf von Getreide und Landesprodukten nie beschäftigt haben, treten als Händler auf... Nicht die Bauern machen die Preise, man bietet ihnen die Preise, und zwar in überzürter Hast, und alles das wäre nicht gekommen, wenn man sofort von den gesetzlichen Maßnahmen der Festsetzung der Höchstpreise Gebrauch gemacht hätte. Wozu hat man denn das Gesetz im Reichstag gemacht? ...“

Was soll nun geschehen? Die Antwort hierauf habe ich am Freitag, den 9. Oktober, in der Gesamtvorstandssitzung der Christlichen Bauernvereine gegeben. Die Gesamtvorstandsschaft hat eine von mir vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen. Mein Standpunkt, der Annahme gefunden hat, war, kurz gesagt, der: Mit der Einführung der Höchstpreise allein ist heute nicht mehr gebient. Wir brauchen eine weitergehende Maßnahme. ... Ich habe mich deshalb in meinem Referat vom 9. Oktober auf den Standpunkt gestellt, daß viel wichtiger noch als die Höchstpreise die richtige Verteilung unserer Getreide- und Lebensmittelvorräte sei. Es handelt sich hier nicht nur um eine Preisfrage, es handelt sich darum, die Vorräte wirtschaftlich einzuteilen, und diese Aufgabe kann unter keiner Bedingung die freie Konkurrenz und der offene Markt in einer so kritischen Zeit lösen. ... Die am 9. Oktober von den Bauernvereinen beschlossene Resolution sagt: „Die Versammlung spricht sich dafür aus, daß die wichtigste Maßnahme der Jetztzeit eine von der Regierung durchgeführte Verteilung unserer Getreidevorräte, besonders unserer Weizenvorräte, wäre. Sie hält jede Maßnahme für wirkungslos, wenn diese Verteilung nicht Platz greift. Durch Einführung eines Höchstpreises werden unsere Brotgetreidevorräte nicht vermehrt, sondern unter Umständen sogar verringert und rascher aufgezehrt.“

Die Preisfrage ist gewiß in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen, aber sie spielt nur eine sekundäre Rolle gegenüber der noch weit wichtigeren Frage der wirtschaftlichen Einteilung dessen, was wir besitzen. Heute werden in unwirtschaftlicher Weise Güter verbraucht, die wir vielleicht nach Monaten vollständig entbehren müssen. Heute werden in unwirtschaftlicher Weise einzelne Landesbeile vollständig entblößt. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß aus Wahren eine kolossale Ausfuhr von Kartoffeln eingeseht hat. Ich möchte niemand einen Vorwurf daraus. Jeder verkauft seine Produkte wie er kann, und der Kaufmann, der die Kartoffeln kauft, sagt nicht, wo er sie hinschickt. Noch ist es Zeit, aber allerhöchste Zeit!

Ganz recht, es ist allerhöchste Zeit, viel zu viel ist schon versäumt worden, was sich nicht wieder gut machen läßt. Große Bestände befinden sich schon in zweiter und dritter Hand, und durch je mehr Hände sie gehen, um so mehr werden sie verteuert. Wenn die Regierung nicht bald mit fester Hand eingreift und nicht nur Höchstpreise festsetzt, sondern auch die Warenverteilung regelt, werden die Preistreiberien ihren Fortgang nehmen und Folgen zeitigen, die nicht abzusehen sind.

Aus Arbeiterfreundlichkeit gegen Arbeiterschutzbestimmungen.

So paradox das klingt, die „Industrie“, Fachzeitung für Kohlen-, Kali- und Erzbergbau, bringt es fertig, aus Arbeiterfreundlichkeit für zeitweilige Aufhebung der wichtigsten Arbeiterschutzbestimmungen im Kalibergbau einzutreten. Um den Arbeitslosen in der Kaliindustrie Arbeit zu verschaffen und der bedrängten Kaliindustrie zu Hilfe zu kommen, forderte die „Industrie“ die zeitweilige Aufhebung der wichtigsten Arbeiterschutzbestimmungen, und weil wir uns von der Zweckmäßigkeit dieses Rezeptes nicht überzeugen konnten, wurden wir mit beleidigenden Ausfällen bedacht, die jeder Sachlichkeit entbehren und wie man sie in der jetzigen schweren Zeit nicht für möglich halten sollte. Wir sind darum zu unserem Bedauern zur Abwehr gezwungen.

In Nr. 185 vom 10. September forderte die „Industrie“ „eine allgemeine Revision der bergpolizeilichen Bestimmungen unter dem Gesichtspunkt herbeizuführen, der bedrängten Kaliindustrie zu Hilfe zu kommen und alle überflüssigen Gärten, alle rein bürokratischen Maßregeln von ihr wegzunehmen und sie nach Möglichkeit wirtschaftlich, sozialpolitisch und fiskalisch zu erleichtern“; sie exemplifizierte besonders auf die bergpolizeiliche Beschränkung, wonach Werke, die nicht mit einem anderen Werk durchschlägig sind, in einer Schicht nicht mehr als 40 Mann beschäftigen dürfen. Schon in Nr. 188 vom 16. September konnte die „Industrie“ konstatieren: „Diese Anordnung ist auf fruchtbaren Boden gefallen, und in Kreisen der Kaliindustrie allenthalben mit Genugtuung und lebhaftem Verständnis aufgenommen worden.“

In Nr. 187 vom 12. September veröffentlichte die „Industrie“ einen Artikel, betitelt: „Eine Schädigung der Arbeiterinteressen“, worin nichts weniger als die zeitweilige Aufhebung des § 13 des Kaligesetzes gefordert wurde, weil er die Lösung der Arbeitslosenfrage hindere und so das Arbeiterinteresse schädige. Der § 13 besagt:

„Sind auf einem Kalivert der innerhalb einer Arbeiterklasse im Jahresdurchschnitt für eine regelmäßige Arbeitsschicht gezahlte Lohn unter den für diese Klasse im Durchschnitt der Kalenderjahre 1907 bis 1909 gezahlten Lohn, so tritt für das folgende Jahr eine Kürzung der Beteiligungssätze des Wertes im gleichen Verhältnis ein, in dem der Lohn der von der Lohnverminderung am stärksten betroffenen Arbeiterklasse gesunken ist.“

Durch diese Bestimmung soll also verhindert werden, daß der Arbeiterlohn unter den Durchschnitt der Jahre 1907 bis 1909 heruntergeht, welcher nach dem „Reichs-Arbeitsblatt“ zwischen 3,89 Mk. und 4,09 Mk. betrug. Weniger kann doch kaum gezahlt werden, ohne daß der Arbeiter mit seiner Familie dabei allmählich verhungert. Schon 1910, als das Kaligesetz geschaffen wurde, waren diese Löhne viel zu niedrig. Inzwischen hat sich die Lebenshaltung noch außerordentlich verteuert, so daß eine Arbeiterfamilie, die nur ein tägliches Einkommen von 3,89 Mk. bis 4,09 Mk. hat, schwere Not leiden muß. Wie da die „Industrie“ unter völlig unfachlichen und beleidigenden Ausfällen gegen die Gesetzgeber den § 13 als arbeiterschädigend bezeichnen kann, ist uns unverständlich. Den Kalivorkämpfern waren die Arbeiterschutzbestimmungen und besonders der § 13 immer ein Dorn im Auge und wir wundern uns darum auch nicht, daß die Anregungen der „Industrie“ von ihnen mit „Genugtuung und lebhaftem Verständnis“ aufgenommen wurden. Daß aber in dieser Weise versucht werden könnte, die jetzige Kriegsnot dem Unternehmerinteresse dienlich zu machen unter dem Schein der Arbeiterfreundlichkeit, das hätten wir doch nicht erwartet. Wir sagen, unter dem Schein der Arbeiterfreundlichkeit, denn wir glauben nicht daran, daß die Kalivorkämpfer auch nur einen Mann mehr einstellen wie sie brauchen, selbst wenn neben dem § 13 auch alle sonstigen Arbeiterschutzbestimmungen aufgehoben würden. Wenn wir uns aber irren sollten, dann mögen die in Frage kommenden Kreise einmal mit bestimmten Vorschlägen herausrücken.

Wir hatten geltend gemacht, daß man mit derselben Begründung auch die Aufhebung der etwa 13 000 Tarifverträge fordern könnte, welche bei Beginn des Krieges für ungefähr zwei Millionen Arbeiter in Deutschland bestanden, weil sie zu meist dieselbe Wirkung haben, wie der § 13 des Kaligesetzes, und in ihrem Geltungsbereich die Arbeitslosigkeit noch größer sei, wie in der Kaliindustrie. Dazu bemerkt die „Industrie“ (Nr. 191 vom 26. September):

„Im übrigen stehen wir aber auf dem Standpunkt, daß in der Tat auch die Tarifverträge vorübergehend aufgehoben werden sollten, wenn sie ihren Zweck nicht erfüllen, also den tatsächlichen Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Und das scheint ja der Fall zu sein, denn das erwähnte Arbeiterorgan („Bergarbeiter-Zeitung“) gibt selbst zu, daß im Gültigkeitsbereich der Tarifverträge die Arbeitslosigkeit noch größer ist, als in der Kaliindustrie. Wenn das tatsächlich der Fall ist, so beweist das doch gerade die Notwendigkeit ihrer Aufhebung bezw. einer wenn auch nur vorläufigen Neuregelung der Lohnverhältnisse. Und wer sich dagegen sträubt, wer lieber die Arbeitslosigkeit haben will als die herkunftsgemäße und die zeitweilige, auf die Dauer der Kriegsnot beschränkte Regelung der Lohnverhältnisse, der erinnert mit solch obstinatem Standpunkt an jenen Knaben, der sich die Finger abtrotzen läßt und dann ausruft: „Geschäft meinem Vater ganz recht, warum kauft er mir keine Handschuhe!“ So scheint es nach dem Willen der Führer auch hier zu sein: Nur nicht den § 13 des Kaligesetzes aufheben, auch keine unpraktisch gewordenen Tarifverträge ändern, wenn auch die Arbeitslosigkeit immer weiter um sich greift.“

Das ist eine kleine Probe der Tonart, in der sich die „Industrie“ gegen uns gefallt; sie überhebt sich völlig der Mühe, auch nur den Schein der Sachlichkeit zu wahren. Arbeiter- und Unternehmerverbände haben sich übereinstimmend für die strikte Einhaltung der Tarifverträge ausgesprochen, trotz der teilweise recht großen Arbeitslosigkeit. Das berührt die „Industrie“ jedoch nicht, sie schreibt: fort mit den Tarifverträgen! Den Nachweis, daß diese Maßregel auch die erhoffte Wirkung hat, bringt sie jedoch nicht, der würde ihr auch schwer fallen. Die Aufhebung der Tarifverträge würde auch nur zur Folge haben, daß die Löhne und damit die Kaufkraft rapide heruntergingen und letzten Endes die Arbeitslosigkeit noch größer würde. Auch die Aufhebung des § 13 des Kaligesetzes würde keine andere Wirkung

haben. Wenn es nicht so ist, mag uns die „Industrie“ das Gegenteil beweisen. Mit nichtsagenden, beleidigenden Redensarten aber wird dieser Beweis nicht erbracht.

Die „Industrie“ gibt aber auch ungewollt selbst zu, daß die Aufhebung des § 18 eine Verringerung des ohnehin zu niedrigen Durchschnittslohnes zur Folge haben würde, indem sie in Nr. 101 weiter schreibt:

„Es handelt sich ja in der vorliegenden Frage gar nicht darum, den Durchschnittslohn zu verringern, also die Arbeiterkraft zu schädigen, sondern vielmehr zu vermeiden, daß durch eine unter ganz anderen Voraussetzungen getroffene gesetzliche Bestimmung ein Fall von Unternehmen mit schwerer Strafe belegt wird, wenn es für gewisse Arbeiter Löhne vereinbart, die von den Arbeitern selbst angeboten werden, wenn sie in der gegenwärtigen Zeit unterkommen finden könnten.“

Die „Industrie“ bemerkt hierzu: „Das ist aber der springende Punkt, und darauf ist das erwähnte Organ gar nicht eingegangen.“ Wesser hieße es wohl: springende Logik, denn wie es möglich sein soll, Löhne zu vereinbaren, die von den Arbeitern, welche ein Unternehmen haben möchten, selbst angeboten werden, ohne daß sich der Durchschnittslohn verringert, dürfte das Geheimnis der „Industrie“ bleiben. Wir finden darin einen unläßbaren Widerspruch.

Wir haben uns gegen die auch nur zeitweilige Aufhebung des § 18 in einer Eingabe an den Bundesrat gewandt. Dazu schreibt die „Industrie“ (Nr. 194 vom 7. Oktober):

„Natürlich wird in der Eingabe, wie es ja nicht weiter wunderbar ist, mit starken Übertreibungen gearbeitet. Da wir aber ganz zureichend zunächst darauf hingewiesen, daß Lohnreduktionen im Kaliberbergbau schon der § 18 des Kalibergesetzes vom Jahre 1910 entgegenstehe, wonach die Werke mit einer Minderung ihrer Förderquote bestraft werden sollen, die die Durchschnittslohne der Arbeiter unter die Löhne der Jahre 1907 herabsinken lassen. Dann wird aber mit der Statistik Fangball gespielt und darauf hingewiesen, daß der prozentuale Lohnanteil am Wert der Produktion im Kaliberbergbau in den Jahren 1907 bis 1912 aber schon von 39,20 % auf 28,01 % gesunken. Was damit bewiesen werden soll, ist gänzlich unklar: denn wenn der Wert der Produktion sich sehr erheblich steigert, dann muß der prozentuale Lohnanteil sinken, selbst wenn eine relative Lohnsteigerung stattgefunden hat.“

Weiter schreibt die „Industrie“, daß ihr keine Kaliberwerksbesitzer bekannt seien, die beim Bundesrat die Verringerung des § 18 zu beantragen die Absicht hätten; sie habe vielmehr auf Grund verschiedener Vorkommnisse des praktischen Lebens die Anregung gegeben, den § 18 etwa für die Kriegszeit aufzuheben, um es den Kaliberwerken zu ermöglichen, Arbeiter, welche sich dazu anbieten, unter dem formalen Tarif einstellen zu können. Das sei ganz etwas anderes, als in unserer Eingabe behauptet wurde.

Die „Industrie“ zitiert nicht korrekt. In unserer Eingabe ist gesagt, daß der § 18 „einer größeren Lohnreduzierung“ entgegenstehe; das ist ganz etwas anderes, als was die „Industrie“ behauptet. Weiter dürfen die Löhne nach § 18 nicht unter den Durchschnitt der Jahre 1907 bis 1909 sinken, nicht unter den Durchschnitt der Jahre 1907, wie die „Industrie“ behauptet; 1908 und 1909 standen die Löhne nämlich bedeutend niedriger wie 1907, so daß der Durchschnitt von 1907 bis 1909 auch entsprechend niedriger ist, wie der von 1907. In unserer Eingabe ist auch nicht gesagt, daß Kaliberwerksbesitzer bezüglich Aufhebung des § 18 schon an den Bundesrat herangetreten seien; es wird darin auf die Ausführungen der „Industrie“ verwiesen und gesagt, falls die Kaliberwerksbesitzer mit solchen Forderungen schon an den Bundesrat herangetreten wären oder noch herantreten sollten, sollte der Bundesrat ihnen kein Gehör schenken. Das ist ganz etwas anderes, als was die „Industrie“ behauptet.

Für den schweren Vorwurf, wir hätten mit der Statistik Fangball gespielt und mit starken Übertreibungen gearbeitet, bleibt die „Industrie“ den Beweis auch schuldig. Wir fragen darum: wo haben wir mit starken Übertreibungen gearbeitet, wo mit der Statistik Fangball gespielt? Mit der ebenso unrichtigen wie unangebrachten Behauptung, der prozentuale Lohnanteil müsse sinken, wenn der Wert der Produktion sich sehr erheblich steigert, ist die Sache doch nicht abgetan. Wenn die Löhne im gleichen Maße steigen, wie der Wert der Produktion, geht der prozentuale Lohnanteil nicht zurück; er geht nur zurück, wenn die Lohnsteigerung hinter der Wertsteigerung der Produktion zurückbleibt. Und das ist im Kaliberbergbau in besonders starkem Maße geschehen. Der Wert der Produktion pro Arbeiter, der Jahreslohn pro Arbeiter und der prozentuale Lohnanteil am Wert der Produktion betragen, berechnet nach den Angaben der „Werteljahreshefte zur Statistik des deutschen Reiches“:

im deutschen	Wert der Produktion pro Arbeiter in M.		Jahreslohn p. Arb. in M.		Lohnanteil am Wert der Produktion in Prozent	
	1907	1912	1907	1912	1907	1912
Steinkohlenbergbau	2557	3012	1498	1567	58,58	52,03
Braunkohlenbergbau	2352	3170	1180	1289	50,17	40,66
Salzbergbau	3275	5252	1284	1471	39,20	28,01
Erzbergbau	2178	2680	1102	1305	50,60	48,69

Ein russischer Rückzug.

Ein russischer Offizier, E. Graffow, hat über seine Erfahrungen im russisch-japanischen Kriege ein Buch geschrieben. Ein Kapitel dieses Buches beschäftigt sich mit dem Rückzug der Russen vor Wafangau in der Mandchurien. Nach einem Auszug in der „Frankfurter Zeitung“ ist darin zu lesen:

„Jede zusammenrollen“ hörte man plötzlich im Lager einen Befehl, „es geht sofort vorwärts!“

Die Unterhaltung verhielt sich, die Offiziere hörten plötzlich auf zu essen und gaben in feierlicher Stille die letzten Befehle.

Während die Reiter die Zelte zusammenrollten, sammelten sich die Kompagnien und das ganze Regiment stand bald abmarschbereit.

„Schlafenden!“

Der Frontritt der Oberst in Begleitung seines Adjutanten. Sein Gesicht war erdfarben, finster und zeigte in einem Fort. Er sah die Soldaten an und in diesem Blick lag Angst und schmerzliche Verhaltene Wut.

„Jetzt wird er eine Rede halten“, bemerkte leise einer der Offiziere, „ohne Neben kann es nun einmal nicht.“ Und wirklich, in diesem Moment hielt der Oberst sein Pferd an, machte eine theatralische Geste und begann mit trockener Stimme einzelne Absätze seiner Rede herauszusprechen:

„Jungens! Die Stunde ist gekommen... es ruft... die heilige Pflicht... die Heimat... Jaren... Rader... Ich hoffe... jeder Soldat... seinem Schwur...“

Die Gesichter der Soldaten waren finstern und ernst. Ihr Blick war nicht auf den Obersten, sondern auf die Anhöhen gerichtet, von denen unaufhörlich der Donner der Geschütze in das Thal herniederrollte. Die lange Rede voll Pathos, aber ohne Spur von Gefühl machte aufnehmend gar keinen Eindruck auf die Soldaten.

Der Regimentskommandeur war zu Ende, das Regiment schweigend.

„Das Regiment kehrt sich mit der Front gegen das Lager. Der Reiter trat vor die Front. Er war leichenblass und seine Lippen zitterten. Er wollte etwas sagen, konnte aber kein Wort herausbringen. Da erhob sich das Kommando „Zum Gebet!“ und alle Häupter entblöhten sich. Als das Gebet beendet war, hörte man wieder das Kommando „Stillstehen!“ und die wogenden Reihen standen plötzlich still. Hieraus ein neues Kommando und das Regiment setzte sich langsam in Bewegung.

Auf der Station waren unterdessen unermüdlich Schwestern und Sanitätsgehilfen um die Verwundeten bemüht, welche bereits die Hälfte des Stationsgebäudes füllten. Mehrere Adjutanten und Kurieren mit Befehlen drängten sich aufgeregt bis vor den Schlafwagen des langen Zuges, der von dem Chef des Armeekorps besetzt war. Von Zeit zu Zeit zeigte sich an einem Fenster des Zuges ein Stubenmädchen in färbender Schürze und Spinnrocken und stützte zerbettensoll.

Es ist danach pro Arbeiter gegen 1907 gestiegen:

	der Wert der Produktion um	der Jahreslohn um
Steinkohlenbergbau	458 M. = 17,79 %	69 M. = 4,68 %
Braunkohlenbergbau	818 „ = 34,78 „	109 „ = 3,28 „
Salzbergbau	1977 „ = 80,87 „	187 „ = 14,66 „
Erzbergbau	502 „ = 28,05 „	203 „ = 18,42 „

Diese Zahlen reden Bände. Der Wert der Produktion ist danach überall ungleich stärker gestiegen wie der Arbeitslohn, nirgends aber besteht ein so schreckliches Mißverhältnis, wie im Salzbergbau. Daß die „Industrie“ trotzdem zu behaupten wagt, wir hätten mit starken Übertreibungen gearbeitet und mit der Statistik Fangball gespielt, ist das stärkste, was uns bisher vorgekommen ist. Und das darf sich die „Industrie“ selbst jetzt in dieser ersten, schmerzlichen Zeit gegen uns herausnehmen!

Wir bleiben nach alledem dabei: durch die auch nur zeitweilige Aufhebung der wichtigsten Arbeiterkategoriebestimmungen und des § 18 würde für die Arbeiter nichts gewonnen, im Gegenteil, die Löhne würden weit unter den Durchschnitt der Jahre 1907 bis 1909 sinken, die Kaliberwerksbesitzer aber keinen Mann mehr einstellen wie sie brauchten. Im gleichen Maße wie die Löhne, würde auch die Kaufkraft sinken, was letzten Endes eine noch größere Arbeitslosigkeit zur Folge haben müßte.

Wenn die Kaliberwerksbesitzer wirklich etwas für die Arbeitslosen tun wollen, ohne daß die Löhne unter den Durchschnitt der Jahre 1907 bis 1909 sinken sollen, werden sie daran durch den § 18 in keiner Weise gehindert. Dann mögen sie aber auch endlich mit Vorschlägen herantreten, die Hand und Fuß haben. Nach unseren bisherigen Erfahrungen aber haben wir wenig Vertrauen. Den Kaliberwerksbesitzern waren bisher alle Arbeiterkategoriebestimmungen ein Dorn im Auge, sie haben alle Bestrebungen der Arbeiter zurecht zu beschneiden und Arbeitsbedingungen entziehen bekämpft, unseren Verband nicht einmal geduldet, unsere Mitglieder terrorisiert und gemahregelt, sie sind darum schuld daran, daß eine sehr große Zahl der Arbeitslosen nicht unserem Verband angehört und darum von uns keine Arbeitslosenunterstützung erhält, wodurch die größte Not abgewehrt wird, und sind darum mindestens moralisch verpflichtet, die Arbeitslosen für den Ausfall unserer Arbeitslosenunterstützung zu entschädigen. In anderen Gewerben arbeiten die Organisationen der Arbeiter und Unternehmer jetzt Hand in Hand. Die Kaliberwerksbesitzer sowie auch die übrigen Kaliberwerksbesitzer denken nicht daran, sie bleiben auch in dieser ersten, schweren Zeit die alten, die sich nach unseren Erfahrungen nicht scheuen würden, aus der schwersten Notlage für sich Kapital zu schlagen. Es kann uns niemand beragen, daß wir dafür unter keinen Umständen zu haben sind.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Wer ist eigentlich gegen die Getreidehöchstpreise?

„Je 10 M., um die die Tonne Getreide teurer wird, bedeuten ein Mehraufwand von 160 Millionen Mark im Jahr. Weizen und Roggen stehen jetzt um 50 Mark über den Normalpreisen!“

Aus der „Frankf. Stg.“ vom 14. Oktober 1914.

Wie der bayerische Bauernführer Heim eben erst festgestellt hat, befindet sich jetzt schon etwa ein Drittel der deutschen Getreibeernte in zweiter Hand. Überall in Deutschland hat sich ein wildes, die Preise hoch hebendes Handelsgeschäft in Getreide und Kartoffeln entwickelt. Der Regierung ist es sicher nicht verborgen geblieben, daß viele Leute, die nie mit Vorkräften und anderen Nahrungsmitteln gehandelt haben, jetzt plötzlich den Markt dieser Produkte mit beeinflussen. Wer die Dinge kennt, für den sind sie nichts neues. Es gibt Bankiers, die ihr Verdienstbedürfnis, das sie nicht auf der Börse befriedigen können, im Getreidehandel befriedigen, und die marktwürdigsten Interessenten handeln jetzt in Getreide und Kartoffeln!

Wichtig erscheint die klare Feststellung, wer denn nun eigentlich jetzt noch gegen die Festsetzung von Getreide- und Kartoffelhöchstpreisen ist. Ganz gleich, wo man in Deutschland auch hinsieht, überall wird seit nahezu zwei Monaten mit den Höchstpreisen als Selbstverständlichkeit gerechnet. Man braucht nur die verschiedenen Interessentengruppen und ihre Meinung zu betrachten, um zu sehen, daß die kommenden Höchstpreise schon lange, überlange erwartet, ja erwünscht und ersehnt werden.

Es forderten Höchstpreise für Getreide resp. einberstanden erklärten sich damit: Landwirtschafts- und bayerischen Bauernvereins; Vertreter der Lebensmittelindustrie, des Handels und Gewerbes im sachlichen Ministerium des Innern; Getreidekommission des deutschen Reichstages; Kaiserliche Handelskammer; Sächsischer Bauernverband; Wiener Getreidebörse, Rinderzuchtvereine; Deutscher Landwirtschaftsverband; Bund der Landwirte; „Deutsche Tageszeitung“; „Vorwärts“; „Frankfurter Zeitung“.

Das ist nur eine Auswahl, schon sie zeigt die Einmütigkeit des deutschen Volkes. Wir müssen immer wieder fragen: wer ist eigentlich gegen die Einführung der Höchstpreise für Getreide und Kartoffeln? Der Bundesrat hat durch die Presse indirekt durchsichern lassen — das war z. B. am 6. Oktober —, daß die Einführung der Höchstpreise ganz nahe bevorstehe. Bis heute ist die Befestigung noch nicht erfolgt, in der Zwischenzeit sind aber die Preise

„Seine Erzellenz geruhen noch zu schlafen!“ Die Adjutanten gerieten außer sich vor Ungeduld, daß der Oberst aufwachte, und blickten voll Aufregung nach dem Geschützfeuer überschütteten Anhöhen.

„Was ist denn das eigentlich?“ rief einer von ihnen empört, indem er seinen eiligen Rapport hoch in der Hand hielt, „das ist doch eine Unverschämtheit, eine Verhöhnung... länger als eine Stunde halten sich unsere Leute nicht mehr! Die brauchen entweder Verstärkung oder sie müssen zurück! Es ist unglücklich! Schlafen! Schlafen, wenn jede Minute kostbar ist!“ Auf dem Dache des Schlafwagens erschien ein Soldat und begann das Strohdach, welches das eigentliche Dach des Waggons bedeckte, mit Wasser zu begießen. Aus dem offenen Gepäckwagen, in dem die Kühe eingekerkert war, hörte man Geschirrgelapper und Fleischgeschlopper; dort wurden Kotefests und Saucen für das Frühstück des Generals zubereitet. Ein magerer, todmüder, hungriger Kojak trat an den Wagen, guckte in die Küche, verlangte irgend etwas, schimpfte auf den Koch und ging dann zu einem schwarzhaarigen, schmutzigen Griechen, der sich eine provisorische Kantine eingerichtet hatte und eine Kostliste aufschlug in der Hoffnung auf große Gehefte.

„Gib was zu trinken! Amas oder Bier!“ verlangte der Kojak mit heiserer Stimme und steckte die Hand in die Kiste.

„Gib Geld!“

„Was? Geld? Ich werde dich, du Hundesohn...“ Der Grieche sprang voll Angst zur Seite und der Kojak zog eine Flasche aus der Kiste heraus, schlug den Hals mit dem Säbel ab und begann gierig zu trinken. Die Flasche war halb leer; er trocknete sich die Stirn mit dem Kinnel ab, schickte rührend auf den Wagon des Generals und warf die leere Flasche in den Gepäckwagen.

„Verfluchtes Luder! Mögest du verrecken in deinen Waggons!“

Die Adjutanten drehten sich um, taten aber sofort so, als hätten sie nichts gehört, und der Kojak bröhte mit der Faust ins Weite und schleppte sich hinten zu seinem Pferde, das ebenso verhungert war wie er. Mehrere Chinesen, die sich am Ende der Station verjammelt hatten, gingen plötzlich zu laufen an, erschreckt durch eine wütende Stimme: „Fort mit euch, Spione, ich werde euch lehren!“ Aus einer Ecke kam plötzlich ein eleganter Generalstabsoffizier, Durchlaucht Fürst Zintkeisen.

„Weshalb wird denn diese Nacht nicht abgeschlossen? Ich habe heute aus dem Zuge zu einem Hund zwei Kugeln nachgeschickt“, sprach der Fürst, indem er sich mit seinem schneeweißen Raschenschuh häubte und einen starken Geruch von Parfüm verbreitete. Der Fürst war in eine neue Hauptmannsuniform eines Kojakregiments eingezwängt. Links hing ein silbernes kaukasisches Messer und an der Brustklappe sah man ein frisches Paar weißer Handschuhe.

„Und Sie sind schon lange hier?“

„Seit heute morgen...“

„Ich kam auf einer Lokomotive zusammen mit einem anderen Offizier des Generalstabs...“ Der Teufel hol's!

nahezu wieder um 10 M. gestiegen, das deutsche Volk hat im Kriegsjahr 1914 160 Millionen Mark verloren!

Deute kommen wir mit Höchstpreisen allein überhaupt nicht mehr aus. Dazu ist es viel zu spät. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als nach Schweizer Muster den Getreideaufkauf staatlich zu organisieren und den direkten Verkauf an die Kommunen einzurichten.

Wirtschaftliche Kriegsbeute.

Die von der deutschen Regierung mit den Kriegsinteressenten ins Leben gerufene Kriegs-Wollbedarfs-Vereinigungsgesellschaft zur Regulierung und Sicherung der deutschen Wollproduktion hat in den letzten Tagen riesenhafte Arbeit zu bewältigen gehabt. Es galt, die wirtschaftliche Kriegsbeute einzubringen, die in den letzten Schlachten in die Hände der Deutschen gefallen ist. Unter den in Antwerpen beschlagnahmten Vorräten befinden sich für 10 Millionen Mark Baumwolle. Das sind etwa 1 1/2 bis 1 1/4 Millionen Kilogramm dieses wertvollsten Rohstoffes. Bei der Einnahme von Genesha in Russisch-Polen sind noch größere Vorräte an Wolle gefunden worden; sie lagerten dort für die französische Kammergrainminerale. In Roubaix, Courcoing und Bourneis haben bei Ausschub des Krieges große französische Wollvorräte gelegen, ob sie in deutsche Hände gefallen oder von den Franzosen noch in letzter Stunde gerettet worden sind, ist bisher nicht bekannt geworden.

Die Kriegs-Wollbedarfs-V.-G. hat ihrer Aufgabe gemäß, die in der Regulierung des Marktes, seiner Versorgung mit Rohmaterial und in erster Linie in der Sicherung der militärischen Bedürfnisse liegt, dafür gesorgt, daß die deutschen Wolltextilfabriken wieder genügend Nachschub an Rohstoffen erhielten.

Belagerung und Kindererblichkeit.

Viel Geld bringt bekanntlich eine Belagerung der Bewohner der belagerten Stadt. Solch eine Belagerung vermag unter Umständen aber auch interessante Feststellungen zutage zu fördern. Eine hochinteressante Feststellung konnte man z. B. bei der Belagerung von Paris im Jahre 1870/71 machen, die bekanntlich besonders viel Geld mit sich brachte. Die Belagerung der Stadt brachte nämlich trotz der schlechten Ernährung und all der anderen ungünstigen gesundheitlichen Verhältnisse ein starkes Sinken der Kindererblichkeit. Diese Annahme der Kindererblichkeit in der Zeit der Belagerung wurde dadurch hervorgerufen, daß die Mütter einmal aus Mangel an Nahrung für die Kleinen und dann wegen des Aufwandes der Arbeit draußer und des steten Zusammenseins mit ihren Kindern ihre Säuglinge selbst nährten. Derselbe Beobachtung konnte man während der großen Baumwollkrisis Anfang der sechziger Jahre in Manchester machen. Das zeigt uns so recht die große Bedeutung des Selbststillens und den großen Wert aller Maßnahmen, die auf ein Selbststillen gerichtet sind.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Die Lage auf dem Roheisenmarkt.

Ueber die Lage auf dem Roheisenmarkt wurde in der Hauptversammlung des Roheisenverbandes in Essen am 21. Oktober berichtet: „Auf dem Roheisenmarkt haben seit der letzten Sitzung ruhiger und übersichtlicher Verhältnisse Platz gegriffen. Es ist ein allmählich zurückkehrendes Vertrauen in den Kreis der Abnehmer wahrzunehmen. Auf die laufenden Abschlüsse ist im Monat September erheblich besser abgesehen worden, als im vorhergehenden Monat. Der Verkauf im September betrug 49,7 Prozent der Verteilung, gegen 22 Prozent im August. Inzwischen ist der Verkauf für das 4. Quartal aufgenommen worden. Es ist eine verhältnismäßig rege Kaufkraft bei den Abnehmern wahrzunehmen, wenn sich auch die abgeschlossenen Mengen im allgemeinen erheblich unter dem bisherigen Normalbedarf bewegen.“ Das Ausnahmefache ist, den heutigen Verhältnissen entsprechend, sehr ruhig. Die ausländischen Abnehmer beziehen zunächst auf die noch laufenden Abschlüsse langsam den unumgänglich notwendigen Bedarf.

Giechereverband gegen Roheisenverband.

Der „Rhein-Weiß.“ Ztg.“ (Nr. 1126 vom 22. Oktober) wird vom Giechereverband geschrieben: „Die Preispolitik des Roheisenverbandes hat in den Kreisen der reinen Giechereien Mißbilligung erregt. Während vor Ausbruch des Krieges berechtigterweise eine Senkung der Roheisenpreise erwartet wurde, hat jetzt während des Krieges der Roheisenverband nicht nur keine solche Senkung, sondern vom 1. Oktober ab für neue Abschlüsse bis zum 31. Dezember sogar eine Preiserhöhung um 5 M. einreten lassen. Damit sind die Roheisenpreise zum Teil höher gestellt, wie sie während der letzten Hochkonjunktur waren. Leider scheinen die besonnenen Elemente unter den Mitgliedern des Roheisenverbandes nicht den genügenden Einfluß zu haben, sonst hätte es nicht geschehen können, daß der Krieg zu einer ganz unberechtigten Ausnutzung der Monopolstellung des Roheisenverbandes zu Lasten der weiterverarbeitenden Industrie benutzt wird. Es muß erwartet werden, daß der Roheisenverband schließlich seinen unheilvollen Beschluß wieder aufhebt. Die Roheisenvorräte aus Friedenszeiten auf den Werken des Roheisenverbandes sind so groß, daß der Roheisenverband diese zu billigen Giecherepreisen erblieben und Roheisenmengen noch auf lange hinaus zur Verfügung hat. Die Roheisenwerke, die den Werken des Roheisenverbandes während der Kriegszeit entgegen, sind reichlich dadurch wettgemacht, daß keine Preiserhöhung während des Krieges eingetreten ist. Die reinen Giechereien sind nicht gewillt, die willkürliche Maßregel des Roheisenverbandes hinfällig auf sich zu nehmen.“

ich bin ganz außer Atem! Haben Sie nicht vielleicht meine Kofaken gesehen? Mein Reibstiel samt meinem Pferd ist beschwunden... Er sollte mich hier auf dem Bahnhof erwarten, aber er ist nicht da. Und jetzt kann ich meine Kompagnie nicht finden! Ueberhaupt muß ich gestehen, daß unsere vielgerühmten Kofaken nichts wert sind.“

„Ich würde Ihnen raten, Fürst, dorthin zu gehen!“ sagte einer der Adjutanten, indem er auf die Anhöhen zeigte. „Ihre Kofaken müssen dort ganz in der Nähe sein.“

„Nein, dafür danke ich ergebenst! Das ist ein solcher Lang... Mein, wie sie schreien! Was für eine Schlächt! Man könnte direkt taub werden! Im übrigen denke ich mir, daß alles gleich zu Ende sein wird! Wir werden sie sofort zurückwerfen!“

„Wie?“ wiederholte spöttisch der Adjutant.

„Natürlich! Unbedingt!“ versicherte der Fürst, der die Fronte in der Sprache nicht verstand. „Wissen Sie, man müßte übrigens jetzt etwas fröhlicher sein! Ich habe nichts bei mir! Mein Kofak hat mich sitzen lassen. Und die Hauptsache ist, daß ich gar nicht weiß, woran ich bin. Mein Kamerad ist auch verschwunden... Aber jetzt erfahren wir doch etwas!“ unterbrach Seine Durchlaucht sich plötzlich und rief einen sich langsam nähernden Offizier heran: „Leutnant, Leutnant, hierher!“

Verstaut, von Schweiß kiefend, mit offenem Hemd, kam dieser Mann näher, indem er sich auf seine Säbelschneide stützte. Die Augenlider waren geschwollen, das ganze Gesicht verzerrt vor Schmerz und Wut. Er bewegte ruckweise seinen Kopf und sprach mit verrodneten Lippen vor sich hin: „Mit einem Ausruf des Schmerzes setzte er sich dann auf die Stufen des Bahnsteigs, die ein wenig von den Waggons beschattet wurden, und streckte vor sich hin.“

„Ah... Sie sind verwundet?“, fragte der Fürst, indem er ihm eine goldene Zigarettenbox hinhielt. Der Offizier schweigend und schien den Fürsten gar nicht zu bemerken.

„Er scheint nicht zu geworden zu sein“, meinte der Fürst und wiederholte lauter seine Frage.

„Wogu diese dumme Frage“, antwortete wütend der Leutnant. Welcher Offizier verläßt seine Truppen, wenn er nicht verwundet ist, und der fragt noch!“

„Ah, regen Sie sich bitte nicht auf! Sie brauchen Ruhe. Erzählen Sie uns, wie unsere Truppen sich gehalten haben.“

„Unser?“ Der Verwundete lächelte höhnisch. „Unsere Leute tun ihre Pflicht und fallen... viele, viele sind heute gefallen. Ja! Aber 3 h r Leute...“

Der Verwundete erwiderte schier vor Zorn und Aufregung und fuhr nach einer Pause, indem die Worte sich überstürzten, fort:

„Sie müssen nur verstehen... Wie soll man das nur nennen... Mit Mühe und Not habe ich die Station erreicht. Gott sei Dank traf ich einen Chinesen, der half mir, mich weiterzuschleppen. Der Fuß verlagte mir, aber die Wunde ist eine Kleinigkeit nur der Knochen...“

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Grundzüge der Heeresverwaltung für Arbeiter-Beschäftigung.

Zurzeit sind nicht nur die Militärbetriebe, sondern auch eine Reihe von Privatunternehmungen mit Aufträgen für die Heeresverwaltung betraut worden. Damit bei dieser Beschäftigung den sozialen Anforderungen Rechnung getragen werde und ein möglichst großer Personenkreis an der dadurch geschaffenen Arbeitsgelegenheit teilnehmen, hat die Heeresverwaltung folgende vernünftige Grundzüge zur Beachtung für die Arbeitgeber aufgestellt:

1. Ueberstundenarbeit ist zu vermeiden; wenn die Verhältnisse es gestatten, sind die Aufträge mit einer neunständigen oder kürzeren Arbeitszeit durch Einstellung einer größeren Zahl von Arbeitern zu bewältigen.

2. Wo zurzeit in mehr als neunständigen Schichten gearbeitet wird, ist auf die Einführung achtschichtiger Schichten hinzuwirken, sobald die Leistung des Betriebes eine Verringerung der Arbeitszeit ohne Nachteile für die rechtzeitige Erledigung der Aufträge zuläßt.

3. Arbeiter, die b. h. Beschäftigung der Arbeiter in ein- oder mehrtägigem Wechsel, werden dort, wo die vorliegende Arbeit nicht ein besonderes Einarbeiten und eine dauernde Beschäftigung verlangt, angezeigt und geeignet sein, zur Verringerung der Not und besseren Verteilung des Verdienstes beizutragen, namentlich an Orten, wo die Arbeitslosigkeit besonders groß ist. Auf langjährig im Dienste der Heeresverwaltung tätige Arbeiter und solche mit starker, nicht erwerbsfähiger Familie muß naturgemäß Rücksicht genommen werden.

4. Wiederholt ist Klage geführt, daß mehrere Personen, die einen gemeinsamen Haushalt führen, zugleich in den Betrieben beschäftigt werden und so zusammen einen hohen Verdienst erzielen, während Familienväter mit mehreren erwerbsfähigen Kindern und Witwen abgehängt werden müssen und Not leiden. Das ist zu ändern. Bezüge auf mehrjährige Dienstzeit können angesichts der allgemeinen Notlage nicht von ausschlaggebender Bedeutung sein.

5. Personen, die bei Privatfirmen gegen angemessenen Lohn in Arbeit stehen und sich bei den Dienststellen nur deshalb um Arbeit bemühen, weil ihnen diese Arbeit besser zuzutritt oder weil sie hoffen, einen höheren Verdienst zu erzielen, sind von der Einstellung grundsätzlich auszuschließen.

6. Ein Zwang im Sinne des Vorstehenden kann auf die mit Heereslieferungen betrauten Firmen zwar nicht ausgeübt werden, in vielen Fällen wird aber die bergende Dienststelle ihren Einfluß zu Gunsten der Arbeitslosen mit Erfolg geltend machen können.

Im übrigen geben bei der Verwaltung zur Sprache gebrachte Vorkommnisse zu folgenden Bemerkungen Veranlassung:

7. Handlungsunfähige dürfen nicht deshalb von der Einstellung ausgeschlossen werden, weil sie noch nicht völlig dienstfähig sind. Erhalten sie ihren Stellungsbefehl, dann bleibt es den Dienststellen immer noch frei, sie zu entlassen oder als unzulänglich zu reklamieren.

8. Anschuldbigungen gegen verschuldete mit Heereslieferungen betraute Firmen, daß sie das Ueberangebot an Arbeitskräften ausnützen und die Arbeiter geringere Löhne zahlen, sind vielfach aus Arbeiterkreisen vorgebracht und auch in der Presse besprochen worden. Die Dienststellen werden hierauf ihr besonderes Augenmerk zu richten und in Fällen auffälliger Art die Lieferanten davon zu verständigen haben, daß sie von ferneren Lieferungen und Leistungen ausgeschlossen werden müssen, wenn sie fortsetzen sollten, in der beschriebenen Art die Löhne zu drücken. Bei Reklamationen wird es sich empfehlen, derartigen Vorgängen durch entsprechende Vertragsbedingungen vorzubeugen.

Schließlich wird noch auf folgendes zur Beachtung hingewiesen:

9. Den Bedarf an technischen Kräften aller Art vermittelt der Verein deutscher Ingenieure in Berlin NW., Sommerstraße 4a. Handwerker und Arbeiter werden im Bedarfsfalle von einem im Reichsannt des Innern errichteten Zentralstelle den Behörden unmittelbar nachgewiesen.

10. Auf die Verwendung freiwilliger, unbegahlter Kräfte, als Woten, Schreiber usw., muß überall verzichtet werden, wo arbeitsfähige Arbeitslose zu finden vorhanden sind. Ebenso ist es zu vermeiden, Personen, für deren Unterhalt in anderer Weise gesorgt ist, zu beschäftigen (Pensionäre, Angehörige von Beamten usw., deren Lebensunterhalt auch ohne eigene Arbeit gesichert ist usw.).

11. Firmen, die für die Heeresverwaltung liefern, ist hinsichtlich der Gewährung von Abschlagszahlungen nach Möglichkeit entgegenzukommen, um ihre finanzielle Leistungsfähigkeit, namentlich in bezug auf rechtzeitige Zahlung der Löhne, zu erhöhen.

12. Die Strafanstalten sind während des mobilen Zustandes zur Deckung des Bedarfs an Geräten nicht heranzuziehen. Soweit es noch angängig ist, sind bereits erteilte Aufträge von den Strafanstalten zurückzugeben.

13. Fortführung usw. von Bauten: a) Ausbesserungen usw. an baulichen Anlagen können, soweit es die verfügbaren Mittel gestatten, nach wie vor ausgeführt werden.

b) Höhere Bauten, die sich bereits in der Ausführung befinden, sind, um sie dem Einfluß der Witterung zu entziehen, unter Dach zu bringen oder darüber hinaus so weit fortzuführen, als es die verfügbaren Mittel gestatten und vertragliche Verbindlichkeiten, die ohne Verluste für die Reichskasse nicht rückgängig gemacht werden können, es erfordern lassen.

c) Neubauten, die ihrer Vollendung nahe sind, sowie kleinere, bereits begonnene Bauten sind zu Ende zu führen, letztere unter Umständen in einfacher oder beschränkter Form.

d) Soweit es im Interesse der Einschränkung der Arbeitslosigkeit oder aus anderen Gründen zweckdienlich erscheint, Wauvorhaben über die vorstehend genannten Grenzen hinaus zu fördern, sind entsprechende Anträge an die zuständigen Stellen des Kriegsministeriums zu richten.

tut endlich weh. Ich wollte einen Moment mich im Schatten ausruhen. Ich sehe einen Eisenbahnzug stehen, da werde ich mich wohl hinlegen können! Ich komme gerade an einen Gepäckwagen, gucke hinein und sehe eine Figur in weißer Schürze, auf dem Kopf eine Schürmühe... Was ist das für ein Teufel?... Kann nicht verstehen, woher er kommt... Und der Kerl sagt mir ganz streng: „Hierher darf man nicht!“ Ich glaube, meinen Ohren nicht zu trauen! Wiejoni nicht! Ich, ein verwundeter Offizier, darf nicht in einen Gepäckwagen hinein, um mich dort hinzulegen? „Auf keinen Fall“, sagt er, „dieser Zug gehört Seiner Exzellenz, dem Korpskommandeur. Seine Exzellenz selbst haben verboten. Zwei haben wir bereits hinausgeschickt! Der General war sehr ärgerlich über diese Störung!“ Sie müssen nur versuchen: hinausgeschickt! Verwundet werden hinausgeschickt, das ist so unglücklich, so unerhört, man verliert direkt den Verstand! In einem Wagen ist eine Kuh... der General muß frische Milch haben. Rüche, Koch in Mütze, Frau Gemahlin, Stubenmädchen, Kuh... und verwundete werden hinausgeschickt! So etwas! Ningsum schlachtet man die Leute, ganze Reihen fallen, alle sind kopflos, nicht die geringste Ordnung, keine Reserve, keine Artillerie, und hier Weessteaks — eine Kuh, eine ganze Verwundung von Offizieren, die unfähig, zweifels herumhangeln... Mein Gott, was geschieht denn hier? Alles, was wir geftern erobert haben, müssen wir heute wieder räumen! Unser Bataillon ist tot, — in der ersten Kompanie ist der Hauptmann schwer verwundet, der Oberleutnant tot, von der ganzen Kompanie sind vielleicht achtzig Mann geblieben! Beim Rückzug haben sie viermal Recht gemacht und mit dem Gewehrfeuer gearbeitet. Ja... und als die Anhöhe aufgegeben war — da erst kam Ertrag.“

Gegen 3 Uhr veränderte sich der Bahnhof in ein Lazarett. Verzte fehlten natürlich, es waren nur wenige da, und die meisten verwundeten warteten geduldig, bis sie an die Reihe kamen. Die meisten fielen um und wanden sich in unerträglichen Schmerzen.

In einem kleinen Häuschen nebenan wurde fieberhaft gearbeitet. Professor B. ohne Hut — mit blutigen Händen — machte Notverbände. Der Blutgeruch war unerträglich. Die Sanitätsmannschaften waren vollständig erschöpft, sie trugen unaufhörlich mit Hilfe von zwei alten Chinesen Leichen heraus. Die beiden Chinesen waren von einer ungläublichen Härtheit gegen die Verwundeten, trugen diese mit außerordentlicher Aufmerksamkeit, und bei der geringsten Ungehorsamkeit kam auf ihr Gesicht ein aufrichtiger Schmerz. Einer dieser Chinesen hatte am gleichen Morgen seine Frau und seinen einzigen Sohn verloren, beide wurden im Schutz ihrer eigenen Hütte, in die eine Granate einschlug, begraben. Troddem arbeitete er unaufhörlich, und nur manchmal, wenn er den grimmigen Mienen ausdrückte, bemerkte man auf seinem Gesicht den versteinerten Ausdruck einer ungläubigen Verzweiflung.

Plötzlich hörte man unter den Fenstern des Hauses einen ohrenbetäubenden Lärm; eine Granate platzte und schon lagen mehrere

Ein Sieg der deutschen Sozialversicherung.

Landesrat Dr. Schmittmann-Dörfelberg weist in einem Artikel der „Kölnischen Volkszeitung“ (Nr. 801 vom 17. Oktober), heftig: „Der Krieg — ein Sieg der deutschen Sozialversicherung“, nach, daß die deutsche Arbeiterversicherung eine Kriegsvorbereitung im größten Maßstabe gewesen sei. Sie erhielt, so schreibt er, zahlreiche Kräfte, die sonst einem vorzeitigen Siechtum anheimgefallen wären; sie verhinderte, daß die Industrialisierung Deutschlands eine Verelendung der Volksmassen im Gefolge hatte. Die Opfer, die die Industrie für die Arbeiterversicherung gebracht habe, machten sich jetzt glänzend bezahlt, indem sie ein Bollwerk gegen die drohende Vernichtung der Industrie schufen. Einverstandene kann man mit den Maßnahmen sein, die Schmittmann aus allem zieht:

„Was nicht uns der glänzendste Waffensieg, wenn danach bey deutschen Wälfen die Kinder fehlen, die in die Fußstapfen unserer Väter treten, um das durch sie Errungene auszubauen. Also Mutterkürsel, Säuglingspflege, Kinderfürsorge in erhöhtem Umfange, das ist die soziale Frage der nächsten Zukunft. Und die Sozialversicherung ist die berufene Trägerin dieser Aufgabe. Schon sind die Grundlagen gelegt, aber nach glücklicher Beendigung des Krieges wird wohl eine Ausgestaltung der hier vorgezeichneten Maßnahmen nicht zu umgehen sein. Menschenökonomie tut uns nach menschenmordenden Kriegen not.“

Man wird abwarten müssen, ob nach dem Kriege derartige Erwägungen die starken Widerstände gegen die Sozialversicherung brechen.

Internationale Rundschau.

Die Urlaubsverhältnisse der Arbeiter in Schweden.

Die Urlaubsverhältnisse der Arbeiter sind in Schweden bedeutend besser als in Deutschland. Das zeigt uns eine interessante Statistik, die der schwedische Gesamtverband für soziale Arbeit durch Gerda Meyerlen hat vornehmen lassen. Danach sind die Wurstmacher am besten daran, weil 98,6 Proz. von ihnen Urlaub erhalten. Von den Typographen erhalten 40,5 Proz., von den Wärdern 33,0 Proz., von den Eisen- und Metallarbeitern 14 Proz., den Brauereien 13,2 Proz., den Textilarbeitern 4,2 Proz. und den Gemeindefunktionären 10,1 Proz. Urlaub. Die übrigen Gewerbe weisen einen geringen Prozentsatz auf und die Stubenarbeiter kennen einen Urlaub fast gar nicht. Der Urlaub wird in der Regel nach ein- bis zweijähriger Tätigkeit im Betriebe gewährt. Gewöhnlich dauert er sieben Tage, doch kommt auch ein Urlaub von zwei bis vier Wochen vor. Die meisten Betriebe zahlen den Lohn weiter. Diese Feststellung zeigt uns, was der gewerkschaftliche Kampf auf diesem Gebiete zu erreichen vermag.

Die Arbeitslosigkeit in Oesterreich.

Scheint analog dieselbe zu sein, wie in Deutschland. Aus einer Statistik der Wiener freien Gewerkschaften geht das wenigstens hervor. Die vollständige Arbeitslosigkeit wird auf 21,6 Prozent berechnet. Dazu kommen aber viele, die in verkürzter Arbeitszeit beschäftigt werden, so daß angenommen wird, kaum die Hälfte der Wiener Arbeiterschaft wird voll beschäftigt. Diese Aufnahme über die Arbeitslosigkeit erstreckt sich allerdings auf den Monat August, möglich, daß inzwischen der Arbeitsmarkt sich ein wenig belebt hat.

Diese große Arbeitslosigkeit stellt an die Massen der österreichischen Gewerkschaften natürlich erhebliche Anforderungen. Die Verbände mußten, wie es die deutschen Gewerkschaften auch tun mußten, ihre Leistungen an die Mitglieder einschränken. In Wien allein wurden im Monat August nahezu 400 000 Kronen an Unterstützung ausgezahlt. Auch in Oesterreich verlangen die Gewerkschaften daher, daß Staat und Gemeinden den Arbeitslosen zu Hilfe kommen müssen, um die Familien vor der drückendsten Not zu schützen.

Die Erhöhung der Pfändungsgrenze.

Die Erhöhung der Pfändungsgrenze, die in Deutschland schon lange vergebens erstrbt wird, ist in Frankreich jetzt durch einen Erlass des Präsidenten Boinard von Vorbezug aus eingeführt worden. Danach sind vom 27. September bis zu einem nach Einstellung der Feindseligkeiten festzustellenden Zeitpunkt die Jahresgehälter und Löhne unter 2000 Frank weber ganz, noch teilweise zu pfänden oder mit Arrest zu belegen. Bereits erwirkte Pfändungen und Zurückhaltungsbefehle sind für diese Zeitdauer aufgehoben.

Knappphastisches.

Aus dem Verwaltungsbericht des Wurm-Knappphastvereins zu Bardenberg bei Nachen für 1913.

Die Zahl der Mitglieder hat im Berichtsjahre wieder zugenommen; sie ist von 15 882 auf 17 455 = 9,9 Prozent gestiegen. Von den Mitgliedern gehörten sowohl der Kranken- als auch der Pensionstasse an 15 038, nur der Krankentasse allein 1457, nur der Pensionstasse allein 176 Personen; militärfähig waren 516 und heurteilt waren 208 Personen. Seit dem 1. Januar 1913 ist die feierliche Pensionstasse feierungsgemäß in eine Allgemeine und in eine Beamten-Abteilung eingeteilt worden; es hat daher die Rechnungsführung getrennt zu erfolgen. Es betragen:

	bei der Krankentasse	bei der Allgemeinen Abteilung	bei der Pensionstasse Beamten-Abteilung
die Gesamteinnahmen	796 583,58 Mk.	1 826 049,56 Mk.	16 952,70 Mk.
die Gesamtausgaben	743 891,62 „	1 147 747,43 „	123,50 „
darnach Ueberfluß	52 691,96 Mk.	678 302,13 Mk.	16 829,20 Mk.

Ende 1913 waren Renteneempfänger vorhanden:

	zu Ende der Knappphast	zu Ende der Sozial-Versicherung	zu Ende der Knapp-Knappphast
Invaliden	1180	83	—
Witwen	1171	201	—
Waisen	758	820	—
Witwenskindern	—	20	—

Die Witwen, die Zuschüsse zu den Unfallrenten beziehen, sind hier einbezogen. An Pensionen wurden im Berichtsjahre seitens des Knappphastvereins gezahlt: den Invaliden 420 444,80 Mk., den Witwen 172 188,45 Mk., den Waisen 44 148,70 Mk. Von anderen Vereinen wurden dem Wurm-Knappphastverein im Berichtsjahre zurückerstattet: 1785,70 Mk. Invalidenpensionen und 877,87 Mk. Witwenspension. Die Aufwendung zur Beschaffung von 730 830 Wochenbeiträgen, markten für die reichsgesetzliche Invalidenversicherung hat 840 080,84 Mark betragen, seit dem Bestehen der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung für 8 044 708 Wochenbeiträgen 2 845 728,14 Mk.

Die reichsgesetzlichen Invalidenrenten fließen wie bisher den Mitgliedern voll und ganz zu, die Mitglieder erhalten demnach diese Renten neben den aus der Knappphast bezogenen Pensionsbeiträgen, künstlich werden auch den Hinterbliebenen (Witwen und Waisen) in gleicher Weise die Renten und Pensionsbeiträge zugeführt; letzteres bezieht sich auf die Hinterbliebenen der nach dem 1. Mai 1913 verstorbenen Mitglieder.

An Krankengeld sind 880 110,44 Mk. zur Verrechnung gekommen. Durch die Section I der Knappphast-Vereinsgenossenschaft wurden nach § 1628 der M.-V.-O. 12 422,11 Mk. der Knappphast erlassen.

Nach dem Durchschnitt der Zeit von 1840 bis Ende 1913 berechnet betrug das durchschnittliche Lebensalter bei den hinzugekommenen Invaliden 52 1/2 Jahre, bei den hinzugekommenen Knappphastwitwen 50 1/2 Jahre. Die durchschnittliche Dienstzeit der neu hinzugekommenen Invaliden betrug sich auf 28 1/2 Jahre. Der durchschnittliche Pensionsgenuß betrug bei den ausgeschiedenen Invaliden 7 1/2 Jahre, bei den überhaupt ausgeschiedenen Knappphastwitwen 12 1/2 Jahre, bei den durch Tod ausgeschiedenen Knappphastwitwen 16 1/2 Jahre. Das durchschnittliche Lebensalter der Unfallwitwen beim Tode des Mannes stellte sich im Durchschnitt von 1885 bis Ende 1913 auf 37 1/2 Jahre. Der Pensionsgenuß betrug im Durchschnitt der letzten 23 Jahre bei den verstorbenen Knappphastwaisen 2 1/2, bei den sonst ausgeschiedenen Waisen 8 1/2, und bei allen ausgeschiedenen Waisen 8 1/2 Jahre.

Der älteste bezugsberechtigte Invalide bezieht bereits seit dem 19. Oktober 1850, demnach mehr als 64 Jahre, Knappphastpension, und die älteste Witwe ist seit dem 11. Januar 1801, also 52 Jahre, im ungestörten Genuße der Witwenspension.

Im Jahresmittel stellte sich die auf einen Invaliden entfallende Invalidenpension auf 870,00 Mk. und die auf eine Witwe kommende Witwenunterstützung auf 148,48 Mk.

Das Vermögen bezifferte sich am Schluß des Berichtsjahres bei der Krankentasse auf 450 117,11 Mk., bei der Allgemeinen Abteilung der Pensionstasse auf 4 587 011,09 Mk. und bei der Beamten-Abteilung der Pensionstasse auf 16 820,20 Mk., im ganzen also auf 5 047 857,97 Mark, gegen 4 257 034,08 Mk. am Schluß des Vorjahres; es hat sich somit im Berichtsjahre um 790 823,89 Mk. vermehrt. („Kompag“)

Aus dem Jahresbericht des Niederhessischen Knappphastvereins zu Waldenburg i. Schl. für 1913.

Die Gesamtzahl der am Jahresfluß vorhanden gewesenen beschäftigten Mitglieder (einschließlich der Vereinsbeamten und der noch beschäftigten Invaliden) betrug 35 402, gegen 34 618 im Vorjahre, hat sich somit um rund 850 vermehrt. An Unterstützungsberechtigten waren am Jahresfluß vorhanden 2802 Invaliden, 3120 Witwen und 2216 Waisen. Im Berichtsjahre wurden an ordentlichen Unterstützungen (Invalidenpensionen, Witwenspensionen und Erziehungsbeiträgen) aus der Pensionstasse gewährt 1 351 931,82 Mk., gegen 1 275 115,24 Mk. oder 76 816,58 Mk. mehr als im Vorjahre; an außerordentlichen Unterstützungen (Laufenden und einmaligen) 42 261,10 Mk., gegen 43 836,20 Mk. im Jahre 1912. Abfindungen haben 33 Witwen mit zusammen 7656 Mk. erhalten, eine Abfindung von 452 Mk. wurde an einen ausländischen Invaliden gewährt. An Krankengeldern waren aufgewendet 896 452,43 Mk., gegen 816 094,85 Mk. im Vorjahre. Die Kur- und Heilungskosten (einschließlich der Lazarettkosten und der Kosten der spezialärztlichen Behandlung) haben für die Mitglieder betragen 645 102,08 Mark, für die Familienangehörigen 122 080,05 Mk. Das zur Auszahlung gekommene Sterbegeld betrug 19 223,80 Mk., gegen 19 842,40 Mark im Vorjahre. Es betragen:

	die Gesamteinnahmen	die Gesamtausgaben
bei der Krankentasse	2 044 204,67 Mk.	1 748 038,50 Mk.
bei der Pensionstasse	—	—
Abteilung für Arbeiter	1 686 462,54 „	6 763,10 „
Abteilung für Beamte	280 423,06 „	8 134,43 „
Abteilung gemeinsame Last	509 458,33 „	1 595 743,62 „

Das schuldenfreie Vermögen betrug am Schluß des Berichtsjahres bei der Krankentasse 1 098 197,56 Mk., bei der Pensionstasse Abteilung für Arbeiter 6 801 154,93 Mk. und Abteilung für Beamte 666 092,22 Mark. („Kompag“)

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Bedse Gottfried Wilhelm. Zu unserer Notiz in Nummer 41 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 10. Oktober 1914 über die Lohnverhältnisse auf Gottfried Wilhelm erhielten wir folgende Verifikation: „1. Es ist unklar, daß einer Kameradschaft im Bezirk 6. der Bedse

Krankenträger in furchtbaren Zuständen am Boden. Gleich darauf sah man stehende Soldaten, alle riefen „Fort!“ und zeigten nach Norden. Immer neue und neue Granaten kamen geflogen, sie zerplatzten in den nächsten Chinesenbüchsen und alles lief unaufhörlich. Aus verschleierten Hütten kamen todendünne Schwefelstrahlen heraus und blickten hilflos umher. Alles stoh dem Bahnhof zu. Die Menge wuchs von Minute zu Minute. Alle waren voll Angst um die eigene Rettung, sie bemerkten schon gar nicht mehr die Verwundeten, rissen sie zur Erde, zerknieten sie. Tiefen von einer Erde zur andern und schrien laut.

Im Innern des Bahnhofgebäudes arbeiteten Verzte und Sanitätsmannschaften weiter, ohne sich um das, was aufschallend boriging, zu kümmern. Sie waren ganz erfüllt von dem starken Gefühl der Berufspflicht, das auf höchste gesteigert war.

Auf dem Bahnhofsplatz erschien plötzlich der Kommandeur der Station, brach sich einen Weg zum Telegraphenamt, diktierte schnell ein Telegramm und warf sich dann zwischen die Menge. „Was da, tragt die Verwundeten heraus! Gesunde fort von hier!“ schrie er mit erhobenen Armen, indem er sich vor die Tür des Lazarett stellte. „Das Zentrum ist durchbrochen, wir müssen zurück, der schlechte Zug nach Norden geht ab! Schnell die Verwundeten heraus und in die Waggons!“

Die Verzte blickten sich verwirrt um. Der Kommandeur wollte noch etwas sagen, aber in dem Moment erzitterte das Gebäude und alle Fenster lagen in Splintern. „Schnell, schnell, sie zielen auf die Station!“

Eine Minute später warf sich die ganze Menge wie eine Herde auf den Zug.

Umsonst bemühten sich die Verzte und die Schwestern, diesen lebenden Strom aufzuhalten. Die Granaten schlugen mit den Säulen, arbeiteten mit Säugeln und Schültern, und nur der Heubolzer des Kommandanten brachte sie für einen Moment zu sich. Die Verwundeten wurden getragen, geschleppt, gezogen und in den Waggons einer auf den andern geworfen. Die Stationsbeamten bemühten sich an den Drähten der Telegraphen. Jemand einer sprang aus dem Gebäude mit der Eisenbahnlupe in der Hand. Die Offiziere des Eisenbahnregiments teilten Befehle aus, die keiner hörte und keiner verstand. Neben der Barriere stand eine Schwester und schlug sich in einem hysterischen Krampf. Ein Offizier sagte sie an den Säugeln und stieß sie in einen Wagon. Ein kleiner Sappeuraffizier lief umher und quälte jeden mit der Frage: „Wo ist unser Instrument? Um Gotteswillen, sagen Sie mir, wo ist unser Instrument?“ Ein griechischer Marktelender mit scheuem Gesicht trug auf seinem Rücken einen Korb und bahnte sich verzweifelt den Weg zu einem der Waggons. Jemand jemand stieß ihn mit dem Fuß in den Bauch, der Grieche stürzte zu Boden und aus seinem Korbe rollte eine Unmenge von Flaschen heraus und saß im gleichen Moment war über ihm eine Schlast, man sah erhobene Fäuste und hörte Flüche.

Eine neue Menge fing mich auf und zog mich mit sich. Die Bahnbeamten, ein Ingenieur und die Offiziere des Eisenbahnregiments warfen sich auf die Lokomotiven, die unaufhörlich pfeifen. Am den Zug liefen die Zurückgebliebenen, für die kein Platz war. Manche bemühten sich, die Dächer zu erreichen, auf denen Gepäck und Munition lagen. Die Stufen waren mit Menschen bedeckt. Menschen krochen auf die Buffer, auf die Ketten, warfen sich gegenseitig herunter, klammerten sich so fest, als es nur möglich war. Die Plattformen, die Tender waren besetzt durch das Stationspersonal.

Der Kommandeur der Station gab das Abfahrtsignal und sprang auf die Stufen der Lokomotive. Der ungeheure Zug erzitterte und bewegte sich langsam vorwärts. In dem Moment fing die Geschosse an, den Zug zu erreichen. Plötzlich fühlten alle einen furchtbaren Stoß. Die vordere Lokomotive hatte sich vom Zuge abgerissen und ging an schnell davonzujaßen. „Sie haben die Ketten gesprengt, halt, zurück!“ schrie man von der zweiten Lokomotive. Aber die vordere Lokomotive ging mit vollem Dampf weiter. Jemand einer von der Menge, die auf dem Kopfenbunker saß, fing an zu schreien. Der Zug blieb stehen und ein großer Wagon blieb unmittelbar unter dem Kopf der Geschosse. Der ganze Zug erlöste von Schreien und Schreien und alle Zurückgebliebenen benutzten den Augenblick, um auf den Zug zu klettern. Auf der Lokomotive war eine richtige Schlagerie. Ein alter Lokomotivführer mit blutunterlaufenem Gesicht riß sich aus dem Knäuel und sprang auf die Erde: „Ich kann nicht weiter. Ihr greifen und verlieren unterwegs die Hälfte des Zuges. Ich übernehme nicht die Verantwortung. Die Lastbahn hat sich abongemacht!“

„Ich befehle dir aber, daß du vorwärts gehst — fahre den Zug! Stell dich auf deinen Platz!“ schrie wütend ein Ingenieur. Er schlug mit den Fäusten um sich und zitterte vor Angst. „Führe du den Zug, selbst!“ antwortete der Lokomotivführer, „ich übernehme die Verantwortung nicht auf mich!“

Vorwärts! Dampf! Regulator! Der ganze Zug wird zergerissen. Plötzlich sah man das Gesicht des halb wahnsinnigen Kommandeurs. „Man kann nicht vorwärts. Die Schienen sind besetzt!“ Man muß erst den Weg frei machen. Hundert Meter vor ging durch die Schienen, eine lange Reihe von Transportwagen, die die Hälfte der Ladung fallen ließen. Jemand einer griff an die Pfeife und gab mehrere Pfeife. Der Ingenieur warf sich auf einen halbmaden Kohlenbrenner, einen Chinesen, und verlangte, daß er den Zug in Bewegung bringe. Der Chineser, betäubt durch die Kanonade, blüde wild um sich, schüttelte aber verneinend den Kopf und zeigte nach dem Lokomotivführer. Da erzählten ihm zwei gesunde Arme und drückten ihn mit dem Gesicht noch dem Regulator, schlugen ihn auf den Kopf und zwangen ihn, die Lokomotive zu bestiegen... Weinend und schluchzend griff er in die Schienen. Eine Menge Soldaten lief vorwärts und überredete die Schienen. Aus den Zylindern tönte Dampf und der Zug bewegte sich endlich. Vorwärts... zum Rückzug...

Gottfried Wilhelm vom Metergeld 2 Mk. abgezogen worden sein. Wahr ist, daß einer Kameradschaft 20 Pf. pro Wagen abgezogen wurden, weil die Kohle in dem betreffenden Betriebspunkt ohne Sprengmittel gewonnen werden konnte, während die anderen Betriebspunkte bis zu 80 Pf. Sprengstoff pro Wagen gebrauchten. Der Gauerlohn betrug dann auch in diesem Betriebspunkte im September trotz des Gebirgsabzuges 6,48 Mk. 3. Es ist unklar, daß in dem genannten Werke ein Gauer im Monat August 4,20 Mk. verdient und auch ausbezahlt erhalten habe. Der geringste Gauerlohn im Werke 8 betrug im August 4,77 Mk. 8. Es ist unrichtig, daß ein Bergschlichter mit seiner Kameradschaft pro Schicht 4,70 Mk. verdient und erhalten habe. Von den drei Bergschlichtern, die auf der Zeche Gottfried Wilhelm beschäftigt sind, hat einer 5,27 Mk., der zweite 6,08 Mk. und der dritte 6,18 Mk. verdient. 4. Es ist unklar, daß im Werke 2 der niedrigste Gauerlohn 8,60 Mk. betragen habe. Wahr ist, daß der niedrigste Gauerlohn in diesem Werke 4,68 Mk. betrug und zwar in demselben Betriebspunkt, in dem der Betriebsschlager den Ortschleusen vor einlitziger Zeit schlafend angetroffen hat. Im September liegt in diesem Betriebspunkt der Lohn wieder auf 5,07 Mk. Die Leistung betrug hier im Juli 1,88 Tn., im August 0,80 Tn., im September wieder 1,60 Tn. 5. Es ist unklar, daß der Gauerlohn des Ausschufmüßigen Schläger im Juli 6,70 Mk. betrug. Wahr ist, daß Schläger im Juli 5,01 Mk. und im August 4,87 Mk. verdient hat; er hat sich bei seinen Vorgesetzten wegen der geringen Leistung seiner Mitarbeiter beschwert und ist deshalb verlegt worden. Im Monat August hat er mit seiner neuen Kameradschaft, die auch im August 6,70 Mk. verdiente, einen Gauerlohn von 7 Mk. erreicht. Offener Steinkohlenbergwerke, Aktien-gesellschaft. (Namen unleserlich.)

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Wampyre.

Während unsere Söhne und Brüder auf den Schlachtfeldern ihr Herzblut für das Vaterland versprechen, alle Strapazen und Entbehrungen mutig ertragen, während ihre Angehörigen zu Hause gegenstandslos Nummer standhaft erdulden, so manche arme Mutter mit ihren Kindern darbt und hungert und glückselig wäre, wenn sie nur trodenes Brot hätten, während man überall die lautesten Klagen hört über die Steigerung der Fleischpreise, gibt es unter den Zurückgebliebenen einzelne Personen, die sich nicht allein an dem Unglück der Nation beteiligen, sondern sich ebenfalls noch lustig machen über die Militärbedürfnisse, der sie ein Schnippschen zu schlagen wußten. Dafür ein Beispiel:

Am Sonntag, den 18. Oktober, hatten wir in Oberhausen etwa eine Stunde Aufenthalt, den wir im Wartesaal verbrachten. An unserem Tisch nahmen zwei Herren Platz, von denen der eine nach Emmerich, der andere nach Wessel fuhr, die außer der Kriegslage auch die Geschäftslage besprachen. Der eine Herr, der nach Emmerich fuhr, bekannte sich als Großschlichter aus Gelsenkirchen, während der andere weder seinen Beruf, noch seinen Wohnort berriet.

„In der Kohlenkiste“, begann der eine, „merkt man vom Krieg absolut nichts, auch in geschäftlicher Beziehung nicht. Würde die Bahn nicht so überlastet sein durch die vielen Militär- und Materialtransporte, wie hätten jetzt eine bessere Zeit als vor dem Krieg!“

Darauf der Großschlichter: „Im Gegenteil! In Gelsenkirchen gehen die Geschäfte flatter als jemals. Ich habe während den zwei ersten Monaten des Krieges 6000 Mark mehr verdient, nicht nur mehr eingenommen, sondern rein verdient, als in gleicher Zeit vorher. Besonders die Häute sind kolossal im Preise gestiegen und wenn Sie noch Schuhe oder sonstiges Lederzeug benötigen, kaufen Sie es jetzt, denn nach dem Kriege wird das Leder unerschwinglich teuer.“

Auch der andere bestätigte, daß er während der Kriegszeit „ganz gut“ verdient hätte, jedoch nicht mehr als vorher; er wäre auch froh, wenn er sein Geschäft auf der „alten Höhe“ hätten könne.

„Brauchen Sie nicht mehr fort?“ fragte der eine, worauf der Gelsenkirchener Großschlichter antwortete:

„Ich bin schon eingezogen gewesen, aber freigekommen. Als es hier fränk vorrückte, bin ich vorgezogen — Kopflos. Sofort wurde ich wieder entlassen und konnte nach Hause gehen. Im Schützengraben ist nichts zu verdienen! In Gelsenkirchen läuft noch das ganze Geld herum, von dem man nicht weiß, wozu es eigentlich lebt. Warum sollten wir Geschäftslente denn erst fort?“

Dem andern schien diese „geschäftliche Offenheit“ in unserer Gegenwart doch nicht zu behagen und so lenkte er das Gespräch zurück auf den Kriegsschauplatz, auf dem beide ausgezeichnet bewandert waren, die Kriegspläne besser kannten wie der große Generalstab.

„Kopfsicht“, untauglich für den Kriegsdienst und zu schade, um im Schützengraben zu liegen, solange das „Gejindel“ noch herumläuft, von dem man nicht weiß, wozu es lebt, aber trotz „Kopfsicht“ gesund genug und fähig, in den zwei schlimmsten Monaten, die das deutsche Volk seit Weizsäcker des Reiches durchgemacht hat, 8000 Mark mehr zu verdienen. Und da nicht anzunehmen ist, daß für diesen Gelsenkirchener Großschlichter besonders hohe Preise bestehen, muß man annehmen, daß die Großschlichter allgemein solch glänzende Geschäfte gemacht haben. Uns schien, als ob der Mann seine besten Geschäfte mit den Häuten macht, die er dem Militärjäger veräußert, aber auch dann hat er die Notlage der Nation ausgebeutet, und es wäre nicht mehr wie recht und billig, wenn die Militärbedürfnisse die Häute einfach beschlagnahmten, um die Steuerzahler vor solchen Wampyren zu schützen. Im Landtag sagte am 22. Oktober der Stellvertreter des Reichsanwalters, Staatssekretär Dr. Dellbrück: „Während draußen unsere Heere kämpfen und bluten, ist es unsere Pflicht und Aufgabe, das Land in allen

kleinsten Hilfskräften stark und leistungsfähig zu erhalten. Dieser so-wahlige Krieg stellt beispiellose Anforderungen an das ganze Volk und er legt auch dem einzelnen ungeheure Opfer auf.“ Jeder einzelne soll, jeder einzelne muß große Opfer bringen, sollte sie sogar freiwillig bringen, und jeder Geschäftsmann sollte sich freuen, wenn unsere braven Soldaten ihm seine Habe verteidigen, sollte sich ohne jeden Verdienst begnügen, und zwar während der ganzen Dauer des Krieges.“ Unter keinen Umständen darf auch nur die Möglichkeit einer solchen Bereicherung gebuldet werden, dazu noch, nach unserer Überzeugung, an Simulanten, die sich um die Dienstpflicht herumdrücken!

Für uns war die Mitteilung dieses Großschlichters geradezu niederdrückend. Wir und alle unsere Kollegen, die das ganze Jahr lang nicht die Hälfte von 8000 Mark verdienen, haben trotzdem freiwillig auf den vierten Teil unseres Einkommens verzichtet, um damit die Not der Frauen und Kinder zu lindern, deren Männer und Väter im Felde stehen, und halten das für unsere unabweisbare Pflicht. Wo tausende Frauen und Kinder Not leiden, weil man ihre Ernährer einziehen mußte, haben die Zurückgebliebenen kein Recht, aus dem Rollen zu leben, und erst recht nicht, sich noch aus dieser Not zu bereichern. Wir gingen von diesem „Patrioten“ in eine Bergarbeiter-versammlung und mahnten die Kameraden zum Opfermut und freuten uns, daß sie alle gern Opfer bringen wollen. Ein Familienvater erklärte, er habe im letzten Monat nur 80 Mark verdient und sechs Kinder zu ernähren, aber dennoch habe er immer noch eine Kleinigkeit übrig für die Kinder der im Felde stehenden Kameraden! Der Bergmann mit 80 Mark Monatslohn gibt sein Scherlein hin fürs Vaterland, der Großschlichter „verdient“ in demselben Monat 8000 Mark mehr wie in Friedenszeiten!

Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer.

Viele Belegschaften opfern 2 bis 3 Prozent ihres Lohnes zur Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer; die Bechen geben teilweise den gleichen Betrag. Andere Bechen tun jedoch nichts. Auf den Bechen Walbur und Fürtz Leopold bei Dorsten macht man sich die bequeme Ausrede, die Gemeinden zögen die Unterstützung sowieso wieder ab. In Wirklichkeit müßte die Bechenverwaltung nicht gern etwas opfern. Auf den Bechen Graf Wismarck in Buer hielt man den Arbeitern in Summa 8600 Mark ab. 6000 Mark sind für Unter-stützung für die Soldaten ausgegeben. Bemerkenswert ist es nun, daß die Bechenverwaltung keinen Pfennig dabei getan hat. Jetzt schlägt man der Verwaltung wiederholt vor, eine Familienunterstützungaktion einzuleiten. Man gab sich auch damit zufrieden. Als dann aber gesagt wurde, die Zeche selbst müsse auch etwas dabei tun, wurden die Betriebsleiter stuhlig. Da gab es allerlei Ausreden: Die Gemeinde zieht den Reuten den Betrag, welchen wir zahlen, wieder ab, die Zeche kann nichts geben, weil wir mit Zubehörsarbeiten müssen, wir müssen die hohe Kopfsteuer zahlen, schließlich müssen wir noch für die Zeit des Krieges die Zeche stillsetzen usw. Man führt auch an, daß Buer die Unterstützung, welche die Staatswerke zahlen, aufrechne; sogar wollte man den Betrag aufrechnen, den die gelieferten Brandholzen an Wert hätten. Alles dieses ist unzutreffend. Die Gemeinden rechnen hier nichts auf. Eine Generschaft, welche so hohe Dividenden die ganzen Jahre hindurch zahlte, wie gerade Graf Wismarck, sollte in dieser Beziehung wahrhaftig freigebiger sein. Nun wollen die freien Gewerkschaftler eine Belegschaftsversammlung in Erle abhalten, um für die hinterbliebenen Familien etwas zu tun. Da aber mußte man wieder die Erfahrung machen, daß man ohne besondere Erlaubnis des großen Unbekannten uns den Saal nicht überlassen kann. Öffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, Anerkennung zu schaffen. Die Arbeiter sind bereit, trotzdem man sie auch jetzt noch in allen Beziehungen recht knapp hält, allmonatlich für die Familien der Kriegsteilnehmer etwas von ihrem oft recht niedrigen Lohne abzugeben. Bei den Bechen sollte man mindestens das gleiche Entgegenkommen eigentllich für ganz selbstverständlich halten.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 44. Woche (vom 25. bis 31. Oktober 1914) fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Der heutigen Zeitungsendung liegt für die Zahlstellen-funktionäre ein Zirkular bei. Dasselbe ist den Zeitungsboten und Ortsverwaltungsmitgliedern auszuhändigen. Zahlstellen, die beim Versand irrtillich übersehen wurden, wollen sich melden.

Betrifft Familienunterstützung der zum Kriege eingezogenen Verbandsmitglieder.

Wir machen den Vertrauensleuten zur dringenden Pflicht, uns bei Rückkehr von Kriegsteilnehmern nicht nur die Rückkehr, sondern auch das Datum der Rückkehr zu melden. Wir müssen diese Kameraden in der Zahlliste streichen und nach dem Datum der Rückkehr richtet sich die Höhe der Unterstützung. Diese kann von uns erst dann für die Familien zurückgekehrt Kameraden gezahlt werden, wenn wir die Zeit der Abwesenheit wissen. Wer nicht zwei Monate weg war, bekommt auch nicht die volle Höhe der jetzigen Unterstützung, sondern entsprechend weniger.

Das Vorstehende gilt auch für die Familien derjenigen Kriegsteilnehmer, welche erst in der zweiten Augushälfte oder im September eingezogen worden sind. Mehrere Frauen beschwerten sich bei uns, weil sie bei gleicher Mitgliedsdauer und gleicher Kinderzahl nicht dieselbe Unterstützung erhalten haben

als andere Frauen. Bei Nachprüfung der Fälle ergab sich, daß der eine Mann einen halben oder gar einen ganzen Monat früher eingezogen worden war. Wir bitten das zu beachten und nicht unnötige Beschwerden zu senden.

Adressenveränderungen.

Oberhausen-Wilken. Die Wohnung des Bezirksleiters Germann Hochmann befindet sich ab 1. November Büttstraße 28.

Bücherrevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:

Apfelbadermark. Von 1. bis 15. November.
Bezirk Rugau. Im Monat November in allen Zahlstellen.

Kranzspendemarken.

In folgenden Zahlstellen werden Kranzspendemarken à 10 Pf. geliebt: Apfelbadermark. Am 1. Oktober und am 14. November.

Für den Unterstützungsfonds

der Angehörigen der zur Fahne einberufenen Mitglieder gingen folgende Beträge ein:

a) In bar: Zahlstelle Tüschau (Bez. Senftenberg) 185,—, Göhra (Bez. Senftenberg) 82,85, Mariensien (Bez. Bayern) 100,—, Urberg (Bez. Bayern) 25,—, Essen-Altendorf (Bez. Essen-West) 80,—, Bocholt (Bez. Essen-West) 20,—, Bergerhausen (Bez. Essen-Ost) 50,—, Saarbrücken 150,—, Hettelndelheim (Bez. Saarbrücken) 20,—, Windheim (Bez. Gildesheim) 20,—, Umsfort (Bez. Mors) 80,—, Kettwig (Bez. Essen-Ost) 8,20, Reddinghausen-Eld II (Bez. Reddinghausen) 10,24, Albenrade (Bez. Oberhausen) 8,—, Stoppenberg (Bez. Essen-West) 50,—, Essen (Bez. Essen-Ost) 50,—, Müdinghausen (Bez. Reddinghausen) 4,55, 2,90, Althaden (Bez. Oberhausen) 9,80, Wiefang (Bez. Oberhausen) 1,20, Sterkade I (Bez. Oberhausen) 5,—, Goltzen (Bez. Oberhausen) 6,55, Wambel (Bez. Dortmund) 20,—, Müdinghausen (Bez. Lünen) 4,50, Nieder-Sproßhövel (Bez. Lünen) 10,—, Dahlhausen-Hörsterholz (Bez. Lünen) 1,81, Kalkhardt (Bez. Bochum) 20,50, Meibersdorf (Bez. Senftenberg) 80,—, D. Stadt-Weissenberg (Bayern) 15,50 Mk.

b) In bar für Festkarten: Zahlstelle Bocholt (Bez. Essen-West) 11,10, Warop (Bez. Eicklinghofen) 4,80 Mk.

c) In bar auf Sammelisten: Hansmann, Liste Nr. 289: 22,10, Nr. 270: 33,20, Nr. 280: 58,50, Nr. 281: 19,10, Nr. 282: 28,—, Nr. 283: 42,—, Nr. 302: 41,20, Nr. 308: 19,25, Nr. 289: 22,10, Nr. 270: 23,20, Zahlstelle Barop, Nr. 284: 15,50, Sichen (Schäffen), Nr. 277 und 278: 75,50, Petrich, Nr. 1469: 13,26, Fahren, Nr. 718: 21,85, Marg-loh III, Nr. 785 und 786: 14,10, Dümpten I, Nr. 712 und 718: 18,90, Weibersdorf II, Nr. 741 und 742: 85,20, Goltshausen, Nr. 750 und 751: 18,90, Obermargloh, Nr. 781, 782, 783, 784, 785: 192,80 Mk.

d) Freiwillige Beiträge von Knappschafts-ältesten: Hartung-Eising 17,—, Schöffers-Dessel 17,—, Goltstein-Obermargloh 10,— Mk.

Berichtigung: In Nr. 42 dieser Zeitung muß es unter Wil-kauf (Bez. Bwidau) heißen: 100,— Mk. und nicht 15,— Mk.

Kassier: Hauptkassier.

Sterbetafel

Auf den Schlachtfeldern sind gefallen:

- | | |
|------------------------------------|--------------------------------|
| Wilhelm Fischer, Laer. | Friedrich Appel, Raedt. |
| Alfred Märkel, Langendreer I. | Josef Wienhaus, Söntrop. |
| Karl Piper, Egestorf. | Wilhelm Dorn, Söntrop. |
| Germann Hedmann, Essen. | Otto Kubisch, Wadwig. |
| Germann Neuke, Gieswalde. | Germann Behold, Wadwig. |
| Karl Rhythy, Pannesheide. | August Frache, Gerzinger. |
| Karl Kerne, Pannesheide. | Fritz Timm, Gladbeck I. |
| Wilhelm Mang, Pannesheide. | Herm. Bogusich, Gladbeck I. |
| Karl Schulze, Weferslingen. | Wilhelm Wunsch, Gladbeck I. |
| Karl Zippel, Weferslingen. | Wag Köpfsch, Gladbeck II. |
| H. Schludschier, Bornh.-Durchholz. | H. Eversberg, Rütgenortmund. |
| Karl Wittbuser, B.-Durchholz. | Wag Heikmann, Delsnik. |
| Geinrich Niemeier, Stodum. | Ernst Merkel, Delsnik. |
| August Gies, Stodum. | Richard Ungethüm, Delsnik. |
| Adolf Köhler, Ramen. | Wag Oph, Delsnik. |
| Gustav Oberhoff, Ende. | Gust. Bahrenberg, Querenburg. |
| Johann Krest, Herne I. | Gust. Rodmann, Querenburg. |
| Otto Konrad, Herne I. | Wilhelm Hafe, Dessel I. |
| Geinrich Dopprich, Freisenbruch. | Heinz Doppher, Sommerchenburg. |
| Peter Reha, Freisenbruch. | Thomas Marcial, Garstedt. |
| Geinrich Wilsau, Freisenbruch. | Wag Schmidt, Tüschau. |
| Friedr. Surmann, Freisenbruch. | Gustaf Joellmer, Marten. |
| Germann Bed, Rahtfeld. | Geinrich Schäfer, Marten. |
| Geinrich Groppl, Kotthausen. | Oskar Weikner, Cullisch. |
| Gottlieb Dubel, Kotthausen. | Bruno Wolfer, Cullisch. |
| Karl Sieberg, Laer. | Paul Jhle, Cullisch. |
| Pius Wolf, Laer. | Wilhelm Siebold, Gladbeck II. |
| Geinrich Jentsch, Münke. | G. Kretschmann, Gerzinger. |
| Karl Fittler, Cullisch. | |

Wir werden das Andenken der Verstorbenen in Ehren halten!

Unsere Ortsverwaltungen werden hiermit aufgefordert, uns die Namen, Verbandsnummer, Zahlstelle und Datum der im Felde gefallenen Kameraden sofort zu melden. Es erfolgt dann die Veröffentlichung an dieser Stelle. Der Vorstand.

Bergarbeiter Kalender 1915

Der Jahrgang 1914 des Bergarbeiter-Kalenders hatte eine Auflage von 10000 und wurde glatt abgesetzt. Das weist auf ein Bewußtsein zu sein, daß sich unser Leserkreis einiger Beliebtheit erfreut. Wir halten uns deshalb nicht für berechtigt, wegen des Krieges das Erscheinen des Kalenders anzuhängen. Um aber zu verhindern, daß die Auflage den Bedarf übersteigt, ersuchen wir die Verwaltungen möglichst bald, spätestens bis zum 1. November durch die Ortsverwaltungen an uns anzugeben. — Der Kalender wird mit Beifügung geliefert und kostet wie bisher 50 Pf.

H. Hansmann & Co.
Bochum, Biemelhauser Str. 42

Gewerkschafts-Bibliothek in Bochum

Geöffnet jeden Sonntag, vormittags von 9—11 Uhr, und jeden Mittwoch, abends von 7—9 Uhr, im Wartezimmer des Arbeiter-Sekretariats Biemelhauser Straße 28a, 1. Etg.

Bergm.-Unterstützungs-Berein Friedrich Wilhelm zu Hülsmberg.

Sonntag, den 3. November
nachmittags 4 Uhr,
im Vereinslokal:
Angeordnetliche

Generalversammlung.

Zagewandlung:
Unterstützung der Frauen und Kinder der zum Kriege eingezogenen Mitglieder.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.
NB. Sollte diese Versammlung nicht beschlußfähig sein, so findet eine halbe Stunde später eine zweite mit derselben Tagesordnung statt, welche dann unter allen Umständen beschlußfähig ist.

Wir empfehlen eine

Broschürenmappe

jezt vollständig zum Ausbehalten und Aufstellen von Broschüren im Bücherstau.
Preis für Mitglieder 25 Pf.
H. Hansmann & Co. Bochum

Nachruf.

Am 10. Oktober 1914 starb den Heldentod für das Vaterland unser Geschäftsführer

Herr Dr. Otto Neubert

Leutnant d. L.

Wir betrauern in ihm den Verlust eines hochgeschätzten pflichtgetreuen Beamten, dem wir ein dauerndes ehrendes Gedenken bewahren werden.

Bochum, den 17. Oktober 1914.

Der Vorstand
des Allg. Knappschaftsvereins
Dr. Weidman

Die Verwaltung
des Allg. Knappschaftsvereins
I.V.: Dr. Heimann

Rechtsschutz für Sattlingen und Umg.

Allen Rechtsschutzsuchenden von Sattlingen und Umgend zur Kenntnisnahme, daß Rechtsschutz im Lokale des Herrn Wilhelm Kirchner, früherer Müller (Restaurant „Zum Bahnhof“) in Sattlingen, Bahnhofstraße 73, jeden Sonnabend, nachmittags von 4—7 Uhr, erteilt wird.
Die Aufsichtskommission.

Durch H. Hansmann & Co., Bochum Westf.
zu beziehen:

Die Arbeiterjugend und ihre Welt

Ein Buch, das alte und junge Arbeiter zusammenführen soll
von E. Reinhard Müller

Aus dem Inhalts-Verzeichnis

heben wir folgende Kapitelüberschriften hervor, um die Einteilung des Werkes und das weite Gebiet, auf dem es wirken soll, erkennen zu lassen:

- Die neue Bekanntheit
- Arbeit und Elternheim
- Wohnungslose
- hoffnungen und Entwürfe
- Jugendchutz
- Was können wir dem Jungen geben?
- Die Fahrt ins Graue
- Die Straße der großen Stadt
- Wandern und Suchen
- Spiele im Freien
- Stadt und Land
- Vom Jugendheim
- Die Jugend soll etwas mitbringen.

Der Preis dieses vorzüglichen Buches beträgt 50 Pf.